Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 226. Mittwoch, den 27. September 1899. 6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Um die Affäre Dreyfus.

Unser Wp.-Mitarbeiter schreibt uns:

„Es ist aus mit der Affäre Dreyfus. Der Mann, der so viel gelitten, hat nun seine Ruhe und kann sein Glück genießen. Wir wollen hoffen, daß seine erschütterte Gesundheit, von der die Zeitungen, als es galt, die Zurückziehung des Revisionsantrages zu erklären, so viel zu berichten wußten, in dem wohlthätigen Klima Südfrankreichs schnell wiederhergestellt werden wird.

Er hat zwar nicht glänzend, aber gut abgeschnitten. Vergleichen wir! Sein Trachten ging nach Ruhm. Deshalb trat er ja in die Armee. Er erzählte, wie er vor Begier brannte, an einer Expedition nach Madagaskar theilzunehmen. Allerdings dachte er es sich nur als kurzen Ausflug, um nach wenigen Monaten, mit Lorbeeren gekrönt, in die Arme seiner Gattin zurückzukehren. Aber immerhin wäre das unter Umständen mit Lebensgefahr verbunden. Statt dessen schickte man ihn auf die Teufelsinsel. Fünf Jahre sind keine Kleinigkeit, er hat sehr viel ausstehen müssen. Dafür ist er aber jetzt eine Weltberühmtheit, die er sonst niemals geworden wäre. Freilich, er ist es nicht deshalb, weil er etwa Menschen niedergeschossen und Völker unterjocht hatte — was ihn nach Madagaskar lockte — sondern weil er eine Märtyrerkrone trägt. Nach sozialistischen Begriffen ist das letztere schöner. Der Fleck an seinem Namen? Aber vorher war der Name Dreyfus nur verhältnißmäßig Wenigen bekannt, als der einer reichen jüdischen Familie, die in Rußland, Deutschland und Frankreich in Getreide, Textilstoffen und Geldspekulationen macht, jetzt steht der Name Dreyfus auf dem Banner, um den sich die besten Geister der Welt und alle Demokraten gesammelt haben. Zu der allgemeinen Anerkennung fehlt ihm nur noch jene des Generalstabs. Um diese bezw. den vollen Triumph der Gerechtigkeit zu erkämpfen, will er den Rest seines Lebens widmen — wiederum ein löblicheres Ziel als das Studium der Mobilisationspläne.

Diejenigen, welche sich in Dreyfus einen romantischen Helden zusammenphantasirt haben, werden über diese Darstellung entsetzt sein. Aber sie entspricht nur der nüchternen bürgerlichen Oeffentlichkeit, die jeden Romantiker unfehlbar in einen Don Quichoten verwandelt.

Daß es gelang, dem Militarismus sein Opfer zu entreißen, ist ein beachtenswerther Erfolg der Demokratie, der umso höher anzuschlagen ist, als die demokratische Energie des Bürgerthums seit 1848 im Erschlaffen ist. Jedenfalls haben die deutschen und zumal die nationalliberalen Kulturmenschen am allerwenigsten Recht, sich über französische Korruption zu ereifern. Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie! Sie haben selbst noch nie gewagt, an der Autorität des Militarismus oder an der Autorität der Justiz oder an der Autorität der Regierung zu rütteln. Höchstens bekämpfen sie unterthänigst diesen oder jenen „Diener seiner Majestät.“ Daß es auch in Deutschland Richter geben kann in der Art der französischen Kriegsrichter, darüber zweifelt Niemand innerhalb der deutschen Arbeiterklasse, wohl aber, daß es hier eine demokratische Oeffentlichkeit geben könnte, die stark genug wäre, einen Unschuldigen zu retten. Haben nicht Schröder und Genossen ihre Zuchthausstrafe bis auf den letzten Tag, die letzte Stunde absitzen müssen, trotzdem man in den weitesten Volkskreisen von ihrer Unschuld überzeugt war? Allerdings es waren Sozialdemokraten!

Aber wenn man die Dinge nicht vom bürgerlichen, sondern vom proletarischen, vom sozial-revolutionären Gesichtspunkte aus betrachtet, muß man staunen über die Unverhältnißmäßigkeit zwischen den angewandten Mitteln und dem Erfolg. Fünf Jahre politischer Kämpfe, um einen in aller Form begangenen Rechtsbruch zu korrigiren, eine ganz gewöhnliche Kassation, wie sie das Gesetz in klaren Worten vorschreibt, durchzusetzen! Und dabei hat die Publizistik der ganzen Welt mithelfen müssen. Und die Bourgeoisie hätte doch nichts erreicht, wenn nicht das Proletariat thatkräftig eingegriffen hätte! Und weshalb? Weil eine Anzahl Generäle auf ihrem Willen zu bestehen entschlossen waren! Es hat sich gezeigt, daß die Bourgeoisie nicht einmal Herr in ihrem eigenen Hause ist, daß die bürgerliche Demokratie sich in einem Zustande der Auflösung befindet und der Staat von Kliquen beherrscht wird.

Daß für die Befreiung von Dreyfus ganz außerordentliche Mittel ins Werk gesetzt wurden, kann nicht bestritten werden. Einmal die Macht des Geldes. Bernhard Lazar, einer der ersten Revisionisten erklärte mit naiver Offenherzigkeit: „Geld des Auslandes soll für die Revision gebraucht worden sein? Wie lächerlich! Ich bitt' Sie, acht Millionär-Familien (die Verwandtschaft des Dreyfus), was brauchen die noch das Geld des Auslandes?“ Eine Broschüre des erwähnten B. Lazar wurde auf Kosten der Dreyfus-Familie für 3000 Francs in Brüssel gedruckt und in geschlossenen Kouverts gratis verschickt, was abermals 1500 Francs erforderte. „Eine Lappalie“, sagte derselbe Herr. Private Detektivbureaus wurden Jahre lang in der Sache engagirt u. s. w. Das kann nicht Jeder, dem ein Unrecht geschieht. Die Gerechtigkeit ist theuer im bürgerlichen Staat.

Dann die Macht der Geldjuden. Man braucht dem wahnwitzigen Märchen von der „goldenen Internationale“ nicht Glauben zu schenken und man wird doch zugeben müssen, daß das gesammte reiche Judenthum an der Affaire Dreyfus sehr interessirt war. Vor Kurzem erst geächtet, sind sie sehr erpicht darauf, im Staate eine Rolle zu spielen, und empfinden es als nationale Genugthuung, daß es auch jüdische Offiziere giebt. Andererseits wurde Dreyfus gewiß als Jude gehaßt und verfolgt. Umsomehr mußte die jüdische Bourgeoisie darum besorgt sein, durch die Rehabilitirung des Dreyfus das Renommee der jüdischen Offiziere zu wahren.

Ferner die Macht der jüdischen Publizistik. Die ist nicht gering, wie Jeder, der mit der Presse zu thun hat, weiß. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß der Wellenschlag dieses Einflusses selbst in unseren Reihen zu verspüren war. Um dem Vorwurfe des Antisemitismus zu begegnen, sei den Lesern mitgetheilt, daß ich selbst Jude bin.

Das Alles wirkte mit und doch ist nicht einmal eine vollständige Rehabilitation erreicht worden. Aber vielleicht wird es noch?

Bürgerliche Ideologen wie Zola geloben öffentlich, den Kampf bis zum vollen Triumph der Gerechtigkeit weiter zu führen. Ja, wenn es nur auf deren Willen ankäme! Aber ihre Stimme ist nur dann mächtig, wenn sie einen Resonanzboden in der bürgerlichen Oeffentlichkeit findet. Und der Resonanzkasten hat bereits einen starken Riß. Es giebt keinen Märtyrer mehr zu befreien! Den Revisionsantrag hat Dreyfus selbst zurückgezogen, um aber den Kassationshof in Aktion zu setzen, bedarf es erst des Drucks der Oeffentlichkeit. Ob es nun gelingen wird, das bürgerliche Publikum zu einem Kampf für ein abstraktes Recht zu begeistern, erscheint uns zweifelhaft. Dieses Publikum ist jetzt vor Allem ruhebedürftig. Es hat den Trubel satt. Man müßte die stärksten Mittel anwenden, um es aufzurütteln, und doch sind diese bereits verbraucht. Zola erklärt pathetisch, er werde Labori Gelegenheit geben, seine freiwillig unterdrückte Rede zu halten. Mag sein, aber was kann sie uns Neues bringen? Daß die Generalstäbler Fälscher und Betrüger sind? Das weiß bereits auch ohnedies die ganze Welt. Dasselbe wiederholen, heißt das Publikum langweilen, darüber hilft kein rednerisches Pathos hinaus. Dagegen rückt die Weltausstellung heran und die Bourgeoisie hat das dringende Bedürfniß, mit dem Gezänk aufzuräumen. Ihr Hauptorgan, der „Temps“, ermahnt denn auch bereits zur Ruhe. Der Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit soll fortgeführt werden — gewiß, gewiß — aber in aller Ruhe! Zwar hat man ja gerade soeben die Erfahrung gemacht, daß man nur durch fortgesetzte Unruhe

Zwanglose Wochenplauderei.

Pfui Teufel! sagte Roland der Riese am Rathhaus zu Bremen und drückte den Daumen gegen die verwitterte Nase. Pfui Teufel! rief ehrlich entrüstet der dicke Bacchus unten im tropfenreichen Keller und steckte den röthlich-blau schimmernden Giebel tiefer in das Glas, um den beleidigten Geruchsnerven Genugthuung zu verschaffen. Er war um so empörter, als er vernommen hatte, der ganze Stank rühre von Tonnen her, und für ihn war in seinem langjährigen Berufe als Gott der Reben der Reim „Tonne=Wonne“ die Verkörperung aller Poesie gewesen. Doch was half's? Alle Wohlgerüche Arabiens waren nicht im Stande, dem Uebel zu steuern. Die vom behäbigen Spießer gewöhnlich wegen ihrer wenig beneidenswerthen Beschäftigung mit so unendlich viel Geringschätzung behandelten Tonnenleute streikten; und da zeigte sich, daß man die beleibten Rentiers sehr wohl entbehren kann, daß aber der Arme, welcher die unappetitlichsten Arbeiten verrichten muß, ein unentbehrliches Glied der menschlichen Gesellschaft ist. Da saßen nun die braven Hanseaten mit ihrer Bescheerung; kein Wagen nahte, wie sonst, die Spuren der segensreichen Magenthätigkeit fortzuschaffen. Holland war in Noth. Was half es, daß die Polizei in ihrer unendlichen Weisheit den getreuen Unterthanen empfahl, sich Beschränkung in der Benutzung der Tonnen aufzuerlegen, contra naturam generis sui kann auch der willensstärkste Mensch auf die Dauer nicht handeln, über kurz oder lang tritt die Nothwendigkeit an ihn heran, der Natur sein Opfer zu zollen. Was sollten da nun gar die guten Spießbürger beginnen, die dem bewährten Grundsatze huldigen, daß Essen und Trinken Leib und Seele zusammenhält, und die außer der öffentlichen Ordnung auch noch etwas ähnlich Klingendes lieben? Gar bald zeigten sich die Folgen der menschlichen Produktionsthätigkeit in erschreckendem Maße, und besorgt kreischten schon im fernen Ozean die reinlichen Vögel mit der gesegneten Verdauung ob der drohenden Konkurrenz. Herkulanum und Pompeji sind einst in Lava und Asche erstickt, Bremen schien in einer etwas anders gearteten Materie untergehen zu sollen. Entsetzliche Aussicht! Da, als die Noth am höchsten gestiegen, fand man den rechten Weg, man legte den Streikenden zu, und von Stund' an schwanden die üblen Dünste, die beängstigend über der Republik an der Weser gelagert hatten, der biedere Bacchus trank sich vor Freude einen gewaltigen Schwips an, und Freund Roland nieste ein so kräftiges Hatschi, daß ihm ein Stück von der Nase abbrach. Das ist die Mär vom Bremer Tonnenkrieg. In Zukunft wird man alle Bremer an einem besonderen Kennzeichen leicht herausfinden können: zum ewigen Gedächtniß an das anrüchige Jahr 1899 werden sie eine kleine Tonne an der Uhrkette tragen.

Das ist jedenfalls ein ebenso untrügliches Merkmal, wie dasjenige, welches der menschenkundige Erste Staatsanwalt zu Bochum in einem Steckbrief gegen einen Maurer verrathen hat. Darin heißt es nämlich: Gesichtsfarbe: „Sieht versoffen aus!“ Die Sache kann sehr bedenklich werden. Wird auf diese Beschreibung hin Jeder angehalten, in dessen Zügen eine Quittung über das genossene Gute geschrieben steht, dann packt man, glaube ich, eine Masse Leute, die in ihrem ganzen Leben sich nie auf einem Gerüst den Wind haben um die Nase wehen lassen. Gar Manchem leuchtet das Kupfer aus dem Antlitz, der die Kelle nur vom Hörensagen kennt. Das hätte der Herr Staatsanwalt bedenken sollen, ehe er den bei ihm und Seinesgleichen allerdings ja nicht besonders gut angeschriebenen Maurern diese Liebenswürdigkeiten sagte. Es ist merkwürdig, die Schwalben gehören garnicht zu den in Deuschland jagdbaren Vögeln, ihnen geht sogar der Ruf besonderer Nützlichkeit voraus, aber heutzutage fühlt sich Jeder, der nur halbwegs für Ordnung und Sitte strebt, berufen, ihnen nachzustellen!

Da lob' ich mir denn doch die Lübecker Handwerksmeister. Die scheren wenigstens alle Arbeiter über einen Kamm und erachten sie sammt und sonders für zuchthausreif. Es sind schnurrige Käuze. Fast alle haben sie friedliche Vereinbarungen mit „ihren Leuten“ getroffen und in Ruhe mit ihnen verhandelt, kommen sie aber aus dem Holstenthore hinaus in's Preußische auf ihre Verbandstage, dann gebärden sie sich, als hätten sie hier mit wahren Unholden zu thun, als möchten sie am liebsten das unbotmäßige Volk mit Haut und Haaren verzehren. Hat doch in Itzehoe erst kürzlich wieder Herr Schwartzkopf, der ja wohl auch so etwas wie Handwerksmeister ist, erklärt, durch die Politik seien die Arbeiter verhetzt. Die böse Politik! Durch was ist denn Herr Schwartzkopf verhetzt? Er sollte die Lübecker Arbeiter nur gewähren lassen. Sie werden ohne ihn und trotz ihm fertig. In Bremen, da hätte er dieser Tage ankommen können, da hätte er sich wirklich nützlich machen können. Dadurch hätte er seinen Gesinnungsgenossen besser gedient, als durch so unnütze Redensarten.

A. K.

etwas erreicht, aber der „Temps" will sich jetzt sogar auf die Suche machen nach denjenigen, die „in der Affäre Anlaß suchten, Unruhen zu stiften."

Etwas interessanter ist der Staatsstreich-Prozeß. Doch er kommt ein wenig verspätet. Alle diese Staatsstreichversuche liegen nämlich bereits hinter uns. Sie wurden zu kläglichen Possentreibereien, weil die Arbeitermassen ihnen erst passiven, dann aktiven Widerstand geleistet haben. Das ist die bedeutsamste politische Thatsache der Affäre, die aber am wenigsten beachtet wird. Dafür werden die kommenden Verhandlungen des Staatsgerichtshofs einigen Parlaments-Größen die Gelegenheit geben, nachträglich die Republik zu retten.

Für das Proletariat, das um eine demokratische Justiz und gegen den Militarismus kämpfte, hat die Befreiung des Dreyfus sogar das Gute, daß das persönliche Element ausscheidet und der Kampf sich direkt gegen die Institutionen richtet. Es wird diesen Kampf gewiß fortsetzen, den es auch vor der Affäre Dreyfus geführt hat. Aber ebenso sicher wird es dabei von dem Troß bürgerlicher Literaten und Politiker, die sich ihm auf eine Weile unter großem Tam-Tam-Schlagen anschlossen, binnen Kurzem verrathen werden.

Parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

6. Dezember 1898 bis 22. Juni 1899.

(Bericht des Parteivorstandes.)

Dem Reichstage war bereits mehrere Monate vor seinem Zusammentritt durch die Oehnhausener Kaiserrede als seine wichtigste Aufgabe angekündigt worden: einem neuen **Zwangsgesetz** gegen die Gewerkschaften seine Zustimmung zu geben. Hiergegen hatten zwar die Arbeiter sofort mit seltener Einstimmigkeit in unzähligen Versammlungen protestirt, und auch unser vorjähriger Parteitag verurtheilte bekanntlich in der schärfsten Form jede Beschränkung der Koalitionsfreiheit, „des unentbehrlichen Mittels zur Verbesserung der Lebenslage und zur Erhöhung der politischen und wirthschaftlichen Unabhängigkeit der Arbeiterklasse." Aber alles dies vermochte nicht die Regierung von ihrem Plane abzubringen. In der Thronrede, mit welcher am 6. Dezember vorigen Jahres die Sitzungen des Reichstages eröffnet wurden, war noch ein Mal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Regierung die Annahme der, freilich noch immer sorgfältig verschwiegenen Zuchthausvorlage „zuversichtlich erwarte".

Ob diese „zuversichtliche Erwartung" der Regierung erfüllt werde, hängt vom Zentrum ab. Dasselbe ist zwar bei den Wahlen von uns schon seit 1890 an Stimmen weit überflügelt, umfaßt aber in Folge der Mängel unseres Wahlrechts im Reichstage die stärkste Fraktion. Sie kann dort sowohl mit den Konservativen und einem Theile der Nationalliberalen eine Mehrheit für die Zuchthausvorlage bilden, als auch zusammen mit den Freisinnigen und uns das neue Ausnahmegesetz zu Fall bringen.

Unter diesen Umständen gewann der Zwischenfall, der sich bei der **Wahl der Schriftführer** abspielte, eine größere Bedeutung. Unsere Fraktion hat nach ihrer Stärke das Recht, aus ihrer Mitte einen der acht Schriftführer des Reichstages zu stellen. Da wir nicht gewillt sind, auch nur auf das geringste unserer Rechte zu verzichten, so schlugen wir den Genossen Schippel als Kandidaten für die Schriftführerwahl vor. Das Zentrum bestritt nicht, daß unser Anspruch gerecht ist, und so schien bis zum letzten Augenblick Schippels Wahl gesichert. Trotzdem unterlag unser Kandidat mit 172 Stimmen gegen 188 für den Polen, Grafen Kwilecki. Dieses Resultat war nur dadurch möglich geworden, daß die nöthige Zahl Zentrums-Abgeordnete umfiel. Eine so klägliche Haltung der „maßgebenden" Partei bei dem ersten Konflikt zwischen einem anerkannten Rechte der Sozialdemokraten und höfischer Rücksicht begrüßten die Scharfmacher als ein Anzeichen dafür, daß auch der Widerstand des Zentrums gegen die Zuchthausvorlage schließlich nicht unüberwindlich sein werde.

Die Sozialdemokratie verläßt sich aber stets nur auf ihre eigene Kraft, niemals auf das Wohlwollen der bürgerlichen Parteien. Deshalb ließ sich unsere Fraktion durch diesen Zwischenfall nicht im geringsten beirren. Das zeigte sich bereits in den nächsten Tagen bei der Berathung des Etats, der Ausgaben und Einnahmen des Reiches. Die Regierung hatte die **Finanzlage** als eine überaus günstige ausgemalt. In dem letzten damals abgelaufenen Geschäftsjahr, vom 1. April 1897 bis zum 31. März 1898 waren die sogenannten wirthschaftlichen Einnahmen bedeutend höher gewesen, als sie s. Z. veranschlagt wurden. Es ergaben:

		mehr als veranschlagt:
I. Zölle und Verbrauchssteuern	733 416 166 Mk.	80 284 686 Mk.
II. Post- und Telegraphenverwaltung	42 248 115 „	4 161 034 „
III. Reichsbruckerei	1 175 969 „	640 515 „
VI. Eisenbahnverwaltung	26 620 721 „	2 067 542 „
V. Bankwesen	10 690 667 „	7 189 067 „

Eine Mindereinnahme hat sich nur bei den Reichsstempelabgaben herausgestellt: eine Folge der letzten Börsenreform.

Dasselbe glänzende Bild lieferte auch das laufende Jahr. Die Einnahmen für das Rechnungsjahr 1899 konnten erheblich höher als im Vorjahre angesetzt werden. Dies nutzte der Staatssekretär zu einem, für gewisse Kreise sehr angenehmen Schluß seiner Etatsrede aus, indem er die Hoffnung aussprach, der Reichstag werde ihm „zugeben", daß Geld genug da sei für die Heeresvermehrung.

Unsere Redner aber zeigten, daß es sich mit den Finanzen des Reichs denn doch etwas anders verhält. In Wahrheit wies der Etat, zusammen mit den „Nachträgen", ein Defizit von 106 Millionen Mark auf, 50 Millionen mehr als im Vorjahre. Noch viel schlimmer jedoch muß das Mißverhältniß zwischen Ausgaben und Einnahmen werden, wenn die großen Einnahmen, sobald der gegenwärtige, außergewöhnliche industrielle Aufschwung vorüber ist, zurückgehen, die Ausgaben dagegen dieselben bleiben, ja als Konsequenz der bisherigen Bewilligungen noch mehr anwachsen. Das Ende vom Liede ist eine immer ärgere Schuldenwirthschaft.

Hierzu kommt noch die Art und Weise wie die Gelder verwendet werden. Die gesammten wirthschaftlichen Einnahmen des Reichs in der Höhe von 904 Millionen Mark werden verschlungen durch die Ausgaben für das **Militär und die Marine** und das, was damit im engsten Zusammenhang steht. Ja, die 904 Millionen reichen nicht einmal. Es fehlen mehrere Millionen.

Trotzdem müssen diese Ausgaben mit der Zeit noch größer werden. In diesem Jahre brachte die Regierung wieder eine neue Militärvorlage ein, durch welche die Präsenzstärke der Armee bis zum Jahre 1902 um 23 277 Mann erhöht werden sollte. Zu dem Zweck war in dem neuen Etat eine Mehrforderung von 6½ Mill. Mark eingestellt. Da aber der ganze Aufwand für die Vergrößerung des Heeres sich schließlich auf ca. 27½ Millionen Mark pro Jahr beläuft, so tritt bis zum Jahre 1902 ein weiteres Anwachsen der jährlichen Ausgaben fürs Militär um 21 Millionen ein.

Jedoch selbst damit ist ein Ende nicht erreicht. Wenn man sich einmal auf den Standpunkt des jetzigen Militärsystems stellt, so führte unser Redner aus, dann wird es immer etwas zu vervollkommnen geben. Und eine Verwaltung, die nur einseitig militär-technische Rücksichten kennt und sich um finanzielle, ökonomische, kulturelle Erwägungen nicht kümmert, wird stets mit neuen Forderungen kommen. Darum bleibt für Jeden, der nicht will, daß die durch Europa gehende militärische Hetzjagd schließlich unaufhaltsam zum ökonomischen und politischen Zusammenbruch führt, nur übrig, diesem für das Volkswohl mörderischen System endlich ein Ende zu machen.

Daß das Friedensmanifest des Zaren und die famose Friedenskonferenz der Regierungen zu diesem Ziele nicht führen würden, sagten wir schon damals voraus und forderten, daß endlich der von uns bereits längst empfohlene Weg eingeschlagen wird. Auch wir denken nicht daran, das Vaterland wehrlos zu machen. Wir erklärten es für ganz selbstverständlich, daß, so lange Zustände wie die gegenwärtigen bestehen, so lange ein böser Nachbar den Frieden zu stören vermag, jeder Staat verpflichtet ist, Einrichtungen zu treffen, die nach Möglichkeit ihn vor Ueberrumpelungen, vor Schädigungen, vor Niederlagen schützen. Dies muß aber so geschehen, wie es die Rücksicht auf die kulturelle Entwickelung des Volkslebens erheischt. Das Volk darf für die Zwecke der Landesvertheidigung nicht mehr angespannt werden, als durchaus nothwendig ist, und muß in viel höherem Maße als jetzt seine Kräfte zur Förderung seines eigenen Wohls und seiner eigenen Interessen nutzbar machen können. Deshalb lehnen wir unter den jetzigen Umständen jede Forderung für das Militär und die Marine ab und verlangen, daß im Anschluß an einander folgende und einschneidende Herabsetzungen der Dienstzeit eine fortgesetzte Demokratisirung und Umwandlung des jetzigen stehenden Heeres in ein wirkliches Volksheer herbeigeführt wird.

Die bürgerlichen Parteien stehen jedoch dem Militarismus bereits ganz ohnmächtig gegenüber. Obgleich jede Partei mehr oder weniger schwere Bedenken gegen die geradezu unerträglich gewordene Belastung des Volkes für militärische Zwecke auf dem Herzen hat, wurde die Militärvorlage in der Budgetkommission mit verhältnißmäßig unbedeutenden Aenderungen angenommen. Die Vermehrung sollte nicht 23 277, sondern „nur" 16 271 Mann betragen und nicht bis zum Jahre 1902, sondern bis 1903 allmälig durchgeführt werden. Da die Regierungen diese Aenderungen für unannehmbar erklärten, kam es zu jenem Umfall des Zentrums, wonach zwar die Abstriche auf dem Papier stehen bleiben, zugleich aber der Reichstag sich verpflichtet hat, auch noch vor dem Jahre 1903 eine weitere Heeresverstärkung zu bewilligen, „wenn sich die nachweisliche Unmöglichkeit ergeben sollte", daß die Regierung mit der ihr zur Verfügung stehenden Zahl von Soldaten auskomme. Diese „nachweisliche Unmöglichkeit" wird sich für die Regierung sicher „ergeben." Mithin steht dem deutschen Volke, dank der feinen Politik des Zentrums, in der nächsten Zeit wiederum ein Kampf um mehr Soldaten bevor. Es fragt sich nur, ob sich dann die Regierung mit den ihr diesmal verweigerten 7006 Mann begnügen oder nicht viel, viel mehr verlangen wird?

Unsere Fraktion hat selbstverständlich gegen jede Heeresvermehrung und gegen die dem Reichstage zugemuthete Verpflichtung für die Zukunft gestimmt. Außerdem haben wir beim Militär-Etat eine ganze Reihe von Mißständen zur Sprache gebracht: die hohen Preise, welche die Militärverwaltung für das von dem deutschen Pulverring bezogene Pulver bezahlt; die Massenabkommandirungen von Soldaten zu Zwecken, die mit der militärischen Ausbildung nichts zu thun haben; die zu späte Auszahlung der Flurschäden-Gelder nach den Manövern; die ungenügende Kontrolle in den Militär-Lazarethen; den Zwang gegen die Soldaten zum Besuch der Kirche; die politische Agitation gewisser Offiziere in Kontrollversammlungen; den Militärboykott gegen ein Theater, in dem einmal eine Vorstellung der „Freien Volksbühne" stattgefunden hat; die Verbreitung des Hazardspiels in Offizierskreisen; die Soldatenmißhandlungen; den krassen Widerspruch zwischen den furchtbar schweren Strafen gegen Soldaten, die sich einer Verletzung der Disziplin schuldig gemacht, und den auffallend leichten Bestrafungen selbst solcher Offiziere, die ein schweres Verbrechen, sogar den Tod eines Menschen auf dem Gewissen haben; endlich jene Verurtheilung eines Soldaten, der nichts Anderes begangen, als daß er die vom ihm verlangte eidliche Aussage als Zeuge vor Gericht der Wahrheit gemäß gemacht hat.

Ueberaus bezeichnend ist es, daß derselbe Staat, der so gewaltige Mittel für das Militärwesen verwendet, für die **Militärinvaliden** in durchaus ungenügendem Maße sorgt. Die Klagen hierüber kehren im Reichstage regelmäßig jedes Jahr wieder. Diesmal wurden die folgenden 2 Resolutionen der Budgetkommission einstimmig angenommen:

I.

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Mittel, welche zur Gewährung von Beihilfen von 120 Mk. an alle, nach dem Gesetze als berechtigt anerkannten Veteranen fehlen, aus allgemeinen Reichsmitteln alsbald nachzufordern.

II.

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen, unter Berücksichtigung der gesteigerten Kosten der Lebenshaltung, den berechtigten Wünschen der Militärinvaliden, insbesondere auch in Bezug auf die Versorgung der Wittwen und Waisen, die Entschädigung für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheines und die Belassung der Militärpension neben dem Civildiensteinkommen resp. der Civilpension Rechnung getragen wird.

Dem ersten Antrage ist die Regierung nachgekommen, indem sie dem Reichstage einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegte, der selbstverständlich zur Annahme gelangte. Unsere Fraktion stimmte sowohl für die Resolutionen als auch für den Gesetzentwurf. Denn wir betrachten eine genügende Versorgung der Militärinvaliden und deren Angehörige als die selbstverständliche Pflicht des Staates, und wir wollten nicht, daß die Veteranen bezw. deren Wittwen und Waisen auch nur einen Monat länger ohne die durch die Vorlage in Aussicht gestellte Unterstützung bleiben. Zugleich aber erklärten wir, daß eine „Beihilfe" von 120 Mk. pro Jahr für die hilfsbedürftigen und erwerbsunfähigen Veteranen durchaus unzureichend ist, daß daher der vorliegende Entwurf auch nicht entfernt das dringend Nothwendige leistet.

Ein weiteres Gebiet, auf dem das Reich mit jedem Jahre erheblichere Mittel aufwendet, sind unsere **Kolonien.** Sie erforderten bereits ca. 16½ Millionen Mark pro Jahr. Das ist bedeutend mehr als unser gesammter Ein- und Ausfuhrhandel mit den Kolonien beträgt.

Die großen Hoffnungen dagegen, mit denen jede neue Kolonie begrüßt wurde, sind auch im letzten Jahre nicht im Mindesten in Erfüllung gegangen. Mußten doch im Nachtrags-Etat abermals 50 000 Mark zur Linderung der Hungersnoth im ostafrikanischen Schutzgebiet gefordert werden. Daß eine derartige Hilfe wiederholt in den letzten Jahren nothwendig gewesen, zeigt deutlich genug, wie in Deutsch-Ostafrika die Zustände sind. Außerdem die fortwährenden Empörungen der Eingeborenen, die von der Schutztruppe mit Waffengewalt erstickt werden mußten.

Das Aergste jedoch war dem Reichstage mit einer Forderung von 25 000 Mark zu „Beihilfen für sich ansiedelnde deutsche Mädchen" zugedacht. Die „sich ansiedelnden deutschen Mädchen" werden von der „Deutschen Kolonialgesellschaft" nach Südwestafrika gebracht auf Grund eines reinen Sklaverei-Vertrages. Die Mädchen können nie mehr aus Südwestafrika fort, da die Gesellschaft die Kosten der Rückreise nicht trägt, und der Lohn viel zu gering ist, als daß die Mädchen etwas ersparen könnten. Sie sollen auch dort bleiben, damit sie für die — nöthige Nachkommenschaft sorgen. Die Mädchen haben nach dem Wortlaut des Vertrages sämmtliche ihnen auferlegten Dienste zu leisten, auch solche, die an sich nicht unter die Thätigkeit „für Alles" fallen. Stellt sich dann heraus, daß sie für den Dienst „völlig unbrauchbar" sind, oder machen sie sich einer „groben Vernachlässigung" ihres Dienstes schuldig, oder treten „sonstige Vorkommnisse" ein, so können sie nach 1 Monat entlassen werden, während im Uebrigen die Kündigungsfrist für beide Theile 6 Monate beträgt. Ob einer der Fälle der einmonatlichen Frist vorliegt, entscheidet als einzige und höchste Instanz: der Kaiserliche Gouverneur. Spricht dieser das Urtheil zu Ungunsten der Mädchen aus, so müssen die Letzteren jeden anderen Gesindedienst übernehmen, den ihnen das Kaiserliche Gouvernement überweist. Zu einem solchen — Handel sollte das Reich Beihilfe leisten! Unser Redner geißelte die Handlungsweise der Deutschen Kolonialgesellschaft und erreichte es, daß schließlich die Forderung abgelehnt wurde.

Bei der Verwaltung des Gouvernements **Kiautschou** wies unser Redner nach, daß sich auch hier der Militarismus und Bureaukratismus im Uebermaße breit macht, und daß in Folge dessen eine freie bürgerliche Bethätigung bis jetzt noch kaum möglich gewesen ist. Auf das Entschiedenste aber erklärten wir uns dagegen, daß man etwa Kiautschou allmählich zu einem Kriegshafen entwickle. Das würde uns in unübersehbare Ausgaben für die Marine hineintreiben.

Zu einem zweiten Nachtrags-Etat wurden noch 17 215 000 Mk. zum Ankauf der **Karolinen** und ein neuer Zuschuß von jährlich 465 000 Mark zur Kolonialverwaltung verlangt. Auch aus dieser Erwerbung können wir uns einen Vortheil für die arbeitende Bevölkerung Deutschlands nicht versprechen. Viel segensreicher würden diese Mittel in Deutschland für wirkliche Kulturzwecke verwendet werden. Ueberdies ist durch die Erwerbung der entlegenen Inseln wiederum ein Schritt vorwärts gemacht in der Politik, die durch glänzende Aktion nach Außen die Aufmerksamkeit von dem Elend im Innern ablenkt. Aus diesen Gründen stimmten wir gegen sämmtliche Kolonialforderungen.

Zu unserem Widerspruch gegen den Etat wurden wir ferner gezwungen, durch die Art und Weise wie die vielen Millionen für die Weltpolitik, für den Militarismus und den Marinismus aufgebracht werden. Unter den wirthschaftlichen Einnahmen ist die bei Weitem bedeutendste die aus den **Zöllen und Verbrauchssteuern.** In dem neuen Etat ist sie auf 742 260 960 Mk. veranschlagt worden. Diese gewaltige Summe wird durch **indirekte** Steuern und in deren Folge durch die Vertheuerung selbst der nothwendigsten Gebrauchsgegenstände dem Volke gleichsam vom Munde fortgenommen: eine, in Anbetracht der elenden Lebensweise der weitesten Volksschichten nicht scharf genug zu verurtheilende Bedrückung gerade der Aermsten.

Die Agrarier jedoch arbeiten unermüdlich daran, diese Bedrückung aufrecht zu erhalten, ja, wenn möglich, noch weiter zu treiben, damit sie für sich immer mehr Liebesgaben herausschlagen können. Gleich nach dem Zusammentritt des neuen Reichstags, Ende vorigen Jahres, als die **Fleischpreise** außergewöhnlich hoch standen, brachten sie eine Interpellation ein, um sich gegen Diejenigen zu wenden, welche dafür agitirten, daß die Einfuhr billigen Fleisches aus dem Auslande erleichtert werde. Unsere Redner wiesen den Junkern nach, daß die Fleischpreise eine unerschwingliche Höhe erreicht hatten, daß der Fleischverbrauch wesentlich zurückgegangen war, und daß die Grenzsperre durch ein veterinäres oder sanitäres Interesse nicht mehr in dem bisherigen Umfange geboten ist.

Eine neue Gelegenheit, die Vertheuerung des Fleisches wenigstens auf einem Umwege zu erreichen, glaubten die Agrarier zu haben, als der „Entwurf eines Gesetzes, betreffend die **„Schlachtvieh- und Fleischbeschau"** zur Berathung gelangte. Sie hofften in das Gesetz für den Import ausländischen Fleisches solche Bedingungen hineinzubringen, die unmöglich erfüllt werden können. Wir standen diesem Entwurfe sympatisch gegenüber, weil durch denselben eine größere Sicherheit dafür geschaffen werden kann, daß nur gesundes Vieh geschlachtet wird. Dieses Ziel wollten wir jedoch, im Gegensatz zu den Agrariern, erreichen, ohne daß die Zufuhr von ausländischem Fleisch abgeschnitten wird. Wir verlangten daher erstens, daß im Inlande eine wirksame Fleischbeschau durchgeführt wird, jedoch ohne Schädigung des kleinen Viehbesitzers, daß deshalb die Kosten von der Gesammtheit getragen werden, und zugleich eine obligatorische, staatliche Viehversicherung eingerichtet wird. Bezüglich der Einfuhr ausländischen Fleisches forderten wir alsdann die Regierung auf, die Anregung zu einer dem Entwurf entsprechenden internationalen Vereinbarung über die Fleischbeschau und den Fleischimport zu geben. In diesem Sinne betheiligten wir uns an den Kommissionsberathungen, die bis zur Vertagung des Reichstages zwar beendet worden sind, über die aber ein Bericht noch nicht vorliegt.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Militärkonflikt und Zuchthausvorlage. Bereits in unserer gestrigen Nummer haben wir auf die erste zarte Andeutung hingewiesen, aus der sich schließen läßt, daß die verbündeten Regierungen mit neuen Militärforderungen kommen werden. Als praktischer Mann hat Miquel durch seine Preßtrabanten von vornherein die finanziellen Bedenken zu zerstreuen versucht, die sich militärischen Forderungen entgegenstellen werden. Aus der offiziösen Andeutung geht klar und deutlich hervor, daß die Militärverwaltung beabsichtigt, die 7000 Mann, auf sie die im März d. J. nach langem Verhandeln mit dem Zentrum verzichtet hat, um einen Konflikt zu vermeiden, jetzt aufs Neue vom Reichstage verlangen wird. Der Reichstag hat im letzten Frühjahr der Regierung empfohlen, die nöthigen Mannschaften durch Einschränkung der Abkommandirungen, Heranziehung von Civilhandwerkern bei den Korpsbekleidungsämtern, Verminderung des mehr als 30 000 Mann zählenden Burschenkorps zu gewinnen. In welchem Umfange diese Empfehlungen des Reichstages von der Militärverwaltung beachtet und befolgt worden sind, hat man noch nicht gehört. Wohl aber sind die militärwüthigen Blätter bereits drauf und dran, der Regierung für Forderungen, die diese noch gar nicht einmal formulirt hat, begeistert Hilfe zu leisten. So ist in dem kanonenfreudigen Blatte der Herren Krupp und Schweinburg zu lesen:

Nach der vom Reichskanzler in der Reichstagssitzung vom 16. März abgegebenen Erklärung bestehen die verbündeten Regierungen auf der vollen Durchführung ihrer damaligen Militärvorlage. Sie haben den Abstrich einstweilen hingenommen, weil sie die Durchführung der neuen Formationen keine Verzögerung erleiden lassen wollten, aber nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß sie das Gestrichene noch „vor Beendigung der gesammten Organisation" nachfordern werden. Ueber den Zeitpunkt, wann dies geschehen soll, ist nichts gesagt. Ausgeschlossen ist keineswegs, daß es in der bevorstehenden Session geschieht. Jedenfalls aber bedarf es keiner neuen Begründung der Forderung, sondern die Frage wird lediglich sein, ob sich der Reichstag, beziehungsweise das Zentrum, inzwischen auch seinerseits von der Nothwendigkeit der vollen Bewilligung überzeugt hat. Wir halten

für wahrscheinlich, daß das Zentrum die Frage, wann immer sie gestellt werde, bejahen wird.

Das glauben wir auch. Nach einigem Sperren und Zieren und nachdem man handelseins geworden ist, wird Herr Lieber Ja und Amen sagen. Oder sollte es anders kommen wollen und sollte Herr Lieber, im Vorgefühl der unangenehmen Situation, die seiner harrt, doch die Absicht gehabt haben, das Wachsthum des Thees an der Quelle zu studiren? Sollte er nur der Noth gehorchend und nicht dem eigenen Triebe seufzend eingewilligt haben, im Vaterlande zu bleiben, das seiner nicht entrathen kann? Die acht Tage, die er zwischen dem Auftauchen der Reisenachricht und deren Ableugnung verstreichen ließ, sind höchst verdächtig. Jedenfalls giebt das Zentrum wieder wie gewöhnlich den Ausschlag, und da es die 7000 Mann uneigentlich bereits im Frühjahr bewilligt hat, so wird es sie jetzt auch eigentlich bewilligen. Nur wird ihm die Forderung jetzt etwas zu schnell und daher unbequem kommen; deswegen die Lieber'schen „Gesundheitsrücksichten". Eine Auflösung des Reichstages wegen der 7000 Mann wird das Zentrum zu verhindern wissen. Uebrigens scheint das Aufrollen der Militärfrage durch die Scharfmacherpresse schon jetzt, beinahe zwei Monate vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages, lediglich ein Manöver der Parteigänger der Zuchthausvorlage zu sein. Man will einen Zeitungskrieg um den Militärkonflikt entfesseln, — meint die „Volksztg." und wir pflichten ihr darin bei —, um die allgemeine und sehr unliebsam empfundene Aufmerksamkeit aller unabhängig Denkenden von der Zuchthausvorlage abzulenken und zugleich für sie auf Umwegen zu arbeiten. Die Politik der Sammlung wird unter einer veränderten Flagge fortgesetzt werden: Unter der Parole der 7000 Mann werden sich alle „staatserhaltenden" Elemente zusammenfinden mit dem Bestreben, dabei für die Zuchthausvorlage im Trüben zu fischen und womöglich eine Ueberraschung in Szene zu setzen. Nichts wäre den Herren unangenehmer, als wenn nach einer Ablehnung der Zuchthausvorlage der Reichstag aufgelöst werden und die Opposition mit der Parole „Nieder mit dem Zuchthauskurs" in den Wahlkampf eintreten würde. Die Reaktion weiß, daß die künstlich gemachte „Mittelstands-", d. h. Zwangsinnungsbewegung für die Zuchthausvorlage sie nicht vor einer empfindlichen Niederlage bewahren würde. Daran ändert auch die allzu krampfhaft zur Schau getragene Sicherheit des Krupp-Schweinburgblattes nichts. Und darum wiederholen wir unermüdlich den Ruf: Nieder mit der Zuchthausvorlage!

Zur Zuchthausvorlage will der „Hann. Cour." erfahren haben, daß nationalliberale Anträge in Vorbereitung sind, die unter Aufrechterhaltung der Koalitionsfreiheit sich auf eine Ausgestaltung des § 153 der Gewerbeordnung beschränken etwa im Sinne der 1891 eingebrachten Novelle. — Es ist kaum anzunehmen, daß zu einer Zeit, wo die Fraktion nicht versammelt ist, gegenüber einer so schwerwiegenden Vorlage schon Anträge vorbereitet werden, es sei, daß irgend ein einzelner Abgeordneter dergleichen für sich formulirt. Im Uebrigen, was kann von nationalliberalen Abgeordneten Gutes kommen?

Die Einnahmen der sozialdemokratischen Partei, die aus dem für den Parteitag in Hannover bestimmten Vorstandsbericht zu ersehen sind, haben im gegnerischen Lager, zumal bei den Scharfmachern neue Wuthanfälle hervorgebracht, die sich bis zur Gemeinheit steigern. In holder Gedankenübereinstimmung verkünden „Hamb. Nachr." und „Berl. Neuest. Nachr." Folgendes:

„Die Einnahmen der Sozialdemokratie stammen von den Löhnen, welche die deutschen Arbeitgeber weit über das Bedürfniß der Arbeiter hinaus bezahlen; da so ein großer Theil der abgetrotzten Lohnerhöhungen zur Füllung der sozialdemokratischen Kriegskassen verwendet werden konnte, also zur Lebensführung und Ersparniß der deutschen Arbeiter nicht erforderlich war."

Wenn also Arbeiter für ihre idealen Zwecke beisteuern, so beweist das, nach Schweinburg, daß sie zu hohe Löhne bekommen. Wenn aber Kapitalisten aus den Mitteln, die ihnen die Ausbeutung der Arbeiter verschafft, ihren Luxusgelüsten fröhnen, wenn sie die von den Arbeitern verdienten Summen an Champagner, Dirnen, Karten, Zuchthausagitationen, Flottenvereine u. s. w. verschwenden — beweist das nicht, daß die Arbeiter ihnen noch bei weitem nicht genug Lohn abgetrotzt haben?

Die Finanzlage des Reiches gestaltet sich nach dem jüngsten Monatsausweis weit weniger günstig, als es im Vorjahre der Fall war. Die Isteinnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern übersteigen in den fünf ersten Monaten des Etatsjahres die Einnahmen des Vorjahres in derselben Zeit nur um die winzige Summe von 2 442 289 Mark oder noch nicht 1 pCt. Im Vorjahre dagegen überstiegen dieselben Einnahmen diejenigen des vorhergehenden Jahres um nicht weniger als 22 550 143 Mk. Daß dieses Verhältniß sich demnächst günstiger gestaltet, ist nicht anzunehmen, da die Solleinnahmen sogar ein Minus gegen das Vorjahr von 2 182 538 Mk. aufweisen, während dieselben Solleinnahmen im Vorjahr ein Plus von 20 199 579 Mk. ergaben. Unter diesen Umständen schwindet die Aussicht immer mehr, daß von dem großen Anleihebedarf gerade für das laufende Etatsjahr im Betrage von über 100 Millionen Mk. irgend ein erheblicher Theil durch Mehreinnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern über den Etatsansatz hinaus erspart werden kann. Die Ursache der Stagnation in den Reichseinnahmen ist, nach der „Freis. Ztg.", in dem Rückgang der Zolleinnahmen zu suchen. Die Zölle haben in den ersten fünf Monaten bei den Isteinnahmen ein Minus gegen dieselbe Zeit des Vorjahres von 5 420 384 Mk. und bei den Solleinnahmen ein Minus von 8 453 458 Mk. ergeben. Offenbar hängt dieser Rückgang an Zolleinnahmen in der Hauptsache mit der Abnahme der Getreideeinfuhr in Folge der günstigen Ernte zusammen.

Kleine politische Nachrichten. Die Plenarsitzungen des Bundesraths sollen in der nächsten Woche wieder beginnen. — Dem Bundesrath ist ein Entwurf zugegangen, wonach das Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und der Eheschließung vom Jahre 1875 gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch auf der Insel Helgoland in Kraft tritt. — Ueber den Saatenstand in Deutschland um die Mitte des Monats September veröffentlicht das kaiserliche statistische Amt folgende Angaben, bei denen Nr. 1 eine sehr gute, Nr. 2 eine gute, Nr. 3 eine mittlere (durchschnittliche), Nr. 4 eine geringe, Nr. 5 eine sehr geringe Ernte bedeutet. (Die Zahlen des Vormonats sind in Klammern beigefügt): Kartoffeln 2,7 (2,6), Klee 3,0 (2,8), Luzerne 2,8 (2,6), Wiesen 3,0 (2,9). — Für die Feldartillerie tritt mit dem 1. Oktober ein neues Reglement und eine neue Schießvorschrift in Kraft, zugleich mit der Bildung der neuen Haubitzbatterien. Die veränderten Vorschriften haben auch mit veränderten Bestimmungen in Bezug auf Verwendung und Munitionsersatz zu rechnen; die Grundsätze der Massenverwendung, möglichst frühzeitigen Einsatzes überlegener Artillerie und der Feuerhäufung zur Erzielung der Feuerüberlegenheit, wie diejenigen über Nichtablösung von Batterien, die sich verschossen, in der Gefechtslinie, bleiben natürlich bestehen. Die Haubitzbatterien sind nicht auf die beiden Divisionen vertheilt, sondern sind in einer Abtheilung einer der beiden Divisionen unterstellt. — Die konfiszirten Ansichtspostkarten aus dem Verlage der „Buchhandlung Vorwärts" sind von der Straßburger Polizei nunmehr ihren rechtmäßigen Eigenthümern wieder zugestellt worden und finden auf Grund der für sie gemachten unfreiwilligen Reklame jetzt reißenden Absatz. — Die Ernennung des Freiherrn von der Recke zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen wird nunmehr amtlich im „Reichs-Anzeiger" bekannt gemacht. — Trotz des geheimen Militärgerichtsverfahrens hat ein Ludwigsburger Blatt herausbekommen, daß der Leutnant Körber, Sohn eines Berliner Generals, zuletzt im Ludwigsburger Dragoner-Regiment, wegen wiederholter Mißhandlung von Untergebenen zu drei Monaten Haft verurtheilt wurde. Nach Verbüßung der Strafe stehe ihm die Verabschiedung aus dem deutschen Heere bevor. Wenn ein geheimes Offiziersgericht ein solches Urtheil fällt, muß der Angeklagte die Soldatenschinderei schon toll getrieben haben. Die in Würzburg entwendeten Militärpapiere sind, wie verschiedene Blätter melden, erwiesenermaßen nach Frankreich verkauft worden. — Die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik wurde am Montag Vormittag im Landeshause zu Breslau unter zahlreicher Betheiligung mit einer längeren Rede des Prof. Schmoller-Berlin eröffnet. Oberpräsident Fürst Hatzfeldt begrüßte den Verein und betonte, daß die Staatsregierung den Verhandlungen Beachtung schenke. Auf einen Vorschlag des Staatsministers von Berlepsch wurde Professor Schmoller zum zweiten Vorsitzenden gewählt. — Die Albanesen revoltiren wieder einmal. In der Gegend von Prizrend nimmt die aufständische Bewegung einen derartigen Umfang an, daß der Vali von Kossowo schleunigste Truppensendungen in Konstantinopel erbat. — Der Papst empfing am Montag Vormittag 1500 französische Arbeiter, die er ermahnte, durch wahre Frömmigkeit das auf sozialem Gebiet drohende Unheil abzuwehren. Der Papst war bei guter Gesundheit. — In der spanischen Kriegshafenstadt Ferrol kam es am Sonnabend Abend zu ernsten Unruhen, an welchen sich gegen 3000 Personen betheiligten. Die Fensterscheiben des katholischen Vereinshauses und des Stadthauses wurden durch Steinwürfe zertrümmert. Die Munizipalgarde ging gegen die Ruhestörer vor, wurde aber zum Rückzuge genöthigt. Elf Schutzleute und einige Zivilpersonen wurden verletzt. Schließlich zerstreute berittene Gensdarmerie die Menge. Die Erregung in der Stadt dauert fort, sodaß der Präfekt seine Amtsbefugnisse den Militär-Behörden übertragen hat. Ueber die Ursachen dieser Unruhen liegen bis jetzt noch keine Meldungen vor. — Wie dem „New-York Herald" aus Buenos Aires gemeldet wird, ist in Catamarca ein gegen die Provinzialregierung gerichteter Aufstand ausgebrochen. Den Behörden gelang es jedoch nach einem Gefecht, bei dem 7 Personen getödtet und 12 verwundet wurden, die Ordnung wiederherzustellen.

Oesterreich-Ungarn.

Die öffentliche Arbeitsvermittlung will der ungarische Handelsminister Hegedüs organisiren. Hegedüs hat in Durchführung seines Planes an die Stadtverwaltung der Hauptstadt, sowie an die Budapester Handels- und Gewerbekammer einen Erlaß richtete, in welchem er, wie man der „Frkf. Ztg." schreibt, die Arbeitsvermittlung als eines der wirksamsten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bezeichnet, welches bisher von kompetenten Kreisen nicht die entsprechende Beachtung gefunden habe. Die große Zahl der arbeitslosen gewerblichen Arbeiter in Ungarn sei zum größten Theil auf die ungeregelte resp. mangelnde Arbeitsvermittlung zurückzuführen. Arbeitgeber und Arbeiter vergeudeten bisher viel Kraft und Zeit, bis sie sich fanden. Diesem Uebelstande soll nun durch die neue Einrichtung abgeholfen werden. Der Minister betont in seiner Zuschrift, daß die zu schaffende Institution auch dazu dienen solle, die in der Hauptstadt oft vorkommende Ueberzahl von Arbeitskräften nach der Provinz zu leiten, was sowohl vom sozialen als vom gewerblichen Standpunkt ersprießlich wäre. Neu und wichtig in der Initiative des Ministers ist der Umstand, daß in den Rahmen der Arbeitsvermittlung auch die Handels-Angestellten aufgenommen erscheinen. Vorläufig soll die öffentliche Arbeitsvermittlung nur auf dem Gebiete der Hauptstadt versucht werden; der Minister hat für die Zwecke der Errichtung eines Arbeits-Vermittlungs-Instituts 5000 fl. angewiesen, und die Hauptstadt sowie die Handelskammer zu einer gleich hohen Beitragsleistung aufgefordert. Die vom Minister aufgestellten Grundprinzipien für das zu schaffende Institut besagen im Wesentlichen folgendes: 1. Der Wirkungskreis des gewerblichen Arbeitsvermittlungs-Instituts umfaßt alle gewerblichen Zweige, daher auch Handelsangestellte, Berg- und Hüttenarbeiter ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht. 2. Die Institute sind mit staatlicher Unterstützung von den Handels- und Gewerbekammern mit Hinzuziehung der Gewerbegenossenschaften und der anderen interessirten Fachkorporationen zu errichten. 3. Die Angelegenheiten des Instituts werden von einem Ausschuß erledigt, welcher aus Arbeitgebern, Arbeitern und unparteiischen von beiden Kategorien unabhängigen Personen zusammengesetzt wird. 4. Die Arbeitsvermittlung ist kostenfrei. 5. Die Oberaufsicht über die Institute führt der Handelsminister. 6. Die zu errichtenden Institute sollen mit den bereits bestehenden Vereins- oder Privat-Arbeitsvermittlungs-Instituten in Verbindung treten, ebenso soll eine Verbindung zwischen Hauptstadt und Provinz, sowie mit dem im Ackerbauministerium bestehenden Vermittlungs-Institut für Feldarbeiter hergestellt werden. 7. Im Falle eines Streikes oder einer Arbeitsausschließung setzen die Institute die Arbeitsvermittlung fort. Die Institution soll 1900 ins Leben treten. — Der Gedanke des Handelsministers, die Arbeitsvermittelung zu organisiren, ist an sich lobenswerth, doch dürften die Grundsätze, die er dafür aufgestellt hat, die Arbeiter nicht befriedigen. Erstens: will er versuchen, Arbeitskräfte nach dem Lande abzuschieben. Wir befürchten, daß er damit wenig Glück haben wird, weil städtische Arbeiter mit ländlichen Arbeiten nicht genügend vertraut sind, also für ländliche Arbeitgeber wenig in Betracht kommen. Zweitens aber — und das dürfte den Arbeitern besonders nicht gefallen — sollen die Nachweisbureaus auch während eines Streiks die Vermittlung von Arbeitskräften fortsetzen. Jeder Streik, der auf Verbesserung von Arbeitsbedingungen abzielt, würde aber dadurch rein unmöglich gemacht werden. Wenn der Minister nach dieser Richtung hin sein Programm einer Revision unterziehen würde, dürfte er sicherlich auf die Zustimmung aller Arbeiter rechnen können.

Die österreichische Kabinetskrisis hat bis zur Stunde noch keine Erledigung gefunden. Als feststehend gilt jetzt die Bildung eines Beamtenministeriums. Ein Kabinet Lichtenstein ist unmöglich, da es deutscherseits demselben Widerstande begegnen würde, wie Badeni und Thun.

Für das **allgemeine Wahlrecht** demonstirten am Sonntag mehr als 10 000 Arbeiter in Budapest. Nach der Demonstration fand ein gemeinsamer Spaziergang durch alle vornehmeren Straßen statt, wobei wiederholt Zusammenstöße mit der Polizei vorkamen und acht Demonstranten verhaftet wurden.

Mehr Soldaten! Wie verlautet, wird der Honvedminister Fejervary im ungarischen Abgeordnetenhaus eine Vorlage auf Erhöhung des Rekrutenkontingents einbringen.

Frankreich.

Dreyfus hat auch in dem kleinen Carpentras nicht die Ruhe gefunden, die er erwartet. Vor seiner Villa ist es zu feindlichen Kundgebungen gekommen, die allerdings damit endeten, daß die Schreier von den Freunden Dreyfus' auseinander getrieben wurden. Frau Dreyfus und die beiden Kinder sind in Carpentras eingetroffen. Unter anderen Besuchern hat Dreyfus auch den Herrn Forzinetti empfangen, der zur Zeit seiner ersten Haft Direktor des Militär-Gefängnisses war, der dann, weil er sich für die Unschuld Dreyfus' aussprach, aus dem Amte gejagt wurde und jetzt in der Verwaltung des Fürstenthums Monaco eine erste Stelle bekleidet.

Kriegsminister Galliffet verbot in einem Rundschreiben den nach Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien reisenden Offizieren, ohne die Erlaubniß der Behörden den dortigen Manövern beizuwohnen oder das Gelände von Truppenübungen zu betreten. Andererseits darf kein Offizier der drei genannten Mächte den französischen Manövern ohne eine schriftliche Erlaubniß beiwohnen.

Hauptmann Freystätter, der bekannte militärische Entlastungszeuge aus dem Dreyfus-Prozeß, ist zum Kommandanten der 11. Kompagnie des 3. Marine-Infanterie-Regiments ernannt worden. Freystätter ist demnach ebenso befördert worden wie der andere Entlastungszeuge Major Hartmann.

Wie aus Paris mitgetheilt wird, ist du Paty de Clam jetzt gesund geworden und hat Paris verlassen. — Der Renner Prozeß ist ja vorbei, da darf du Paty schon gesund werden!

Auf den Leiter der Untersuchungsabtheilung der Polizeipräfektur in Paris, Puybarand, wurde am Montag Nachmittag von einem Individuum ein Revolverschuß abgefeuert. Puybarand wurde nicht getroffen. Der Angreifer verweigert jede Auskunft über die Gründe, die ihn zu der That veranlaßten. Er scheint geistesgestört zu sein.

England.

Die Kosten eines Krieges gegen Transvaal werden vom „Morning Leader", der sich von jeher gegen die Kriegsfanatiker gewandt hat, berechnet für den Fall, daß etwa 60000 Mann in's Feld gestellt würden. Das Blatt kommt dabei zu dem Schlusse, daß ein solcher Krieg etwa 75 Millionen Pfund Sterling ($1^1/_2$ Milliarden Mark) kosten würde. Im abessynischen Kriege vom Jahre 1866 standen 1200 Mann im Felde. Gelandet wurden im Ganzen 14200 Europäer und Eingeborene. Dieser Krieg kostete 8 600 000 Pfund. Heute würde ein Krieg wenigstens 50 pCt. theurer sein. Nach diesem Satz gerechnet, würde ein Krieg gegen den Transvaal bei einer Truppenstärke von 60 000 Mann 65 000 000 Pfund kosten. Der egyptische Feldzug von 1883 kostete zusammen 13 600000 Pfund. Damals kämpften 20000 Truppen; auf 60 000 berechnet mit 50 pCt. Aufschlag giebt es ungefähr 61 000 000 Pfund und bestätigt so die Richtigkeit der ersten Aufstellung. Der afghanische Krieg kostete 24500000 Pfd., aber die militärischen Operationen, außer Eisenbahnbauten usw., kosteten fast 20 000 000 Pfund. Von diesem Feldzug auf einen Burenkrieg zu schließen, würde ebenfalls die Summe von 61 000 000

Pfund herauskommen. Außerdem würde ein Krieg eine erhebliche Störung der Industrie und des Schiffshandels zur Folge haben. Die Beförderung der Mannschaften, des Materials usw. würde 400 000 Schiffstonnen erfordern und eine entsprechende Zahl von Schiffen ihrer gewöhnlichen Thätigkeit entziehen, was gleichfalls einen großen Verlust bedeuten würde. Thatsächlich würde also der Krieg sicher 75 000 000 Pfund kosten, was auf jede Familie etwa 9,10 Pfund (190 Mk.) ausmachen würde. Dadurch würde natürlich die Nationalschuld anwachsen und den Nutzen, den ein eventueller Sieg brächte, neutralisiren. Die jährliche Verzinsung würde etwa 2 Millionen Pfund betragen, die wahrscheinlich durch neue Steuern auf Taback, Bier oder Thee aufgebracht werden würden. Hinzugefügt wird dieser Berechnung noch, es dürfe nicht vergessen werden, daß die Buren ein Feind sein würden, wie England ihn seit dem Krimkriege nicht wieder gesehen hätte. Es würde zu einem Kampfe Mann gegen Mann kommen, wenn auch England, wie in dem vorzüglichen Beispiel des egyptischen Feldzuges, eine überwältigende Macht in's Feld stellen würde.

Serbien.

Das Urtheil im Hochverrathsprozeß wurde Montag Vormittag verkündet: Knezewitsch wurde wegen Hochverraths zum Tode durch Erschießen verurtheilt, Nikolitsch, Kowazewitsch, Dimitsch, Urschewitz, Kressowitsch, Gjuritsch, Milenkowitsch, Alawantitsch, Zinkowitsch, Nowakowitsch, Parischzewitsch und Protitsch zu 20jährigem schweren Kerker mit schweren Ketten. Ferner als Mitschuldige, die von dem Hochverrath wußten, denselben aber nicht anzeigten, wurden verurtheilt: Pasitsch, Frau Angelina Jowanowitsch, Milowadowitsch, Todorowitsch, beide Stefanowitsch und Ajkowitsch zu fünfjährigem Gefängniß. Wegen Majestätsbeleidigung wurde Tauschanowitsch zu neunjährigem Gefängniß verurtheilt. Freigesprochen wurden Aza Stanojewitsch, Pantelitsch, Jowanowitsch, Stojkowitsch, Marinkowitsch und Sawaitsch. Sämmtliche Angeklagten haben gemeinsam die Gerichtskosten zu tragen. Nach der Verkündung des Urtheils rief Zinkowitsch: „Es lebe König Alexander, doch Gott schütze ihn vor solchen Freunden!", wobei er mit der Hand auf die Richter deutete. Auch Ranka Tajsitsch wurde, wie wir nachträglich noch in der „Frankf. Ztg." lesen, zum Tode durch Erschießen verurtheilt. Die Hinrichtung Knezewitsch's fand bereits Montag Nachmittag 4 Uhr statt. Der König begnadigte (!) Pasitsch, der dem König telegraphisch seinen „tiefgefühltesten" Dank aussprach.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 26. September.

Amtsblättliches. Aus der gestrigen Abendnummer registriren wir: Eintreten für den judenfresserischen Kandidaten in Pirna, Konstatirung, daß die Maifeier „kläglich" ausgefallen ist, — trotz der großartigen Erfolge in Lübeck, welche gerade die „Lüb. Anz." zum Schweigen zwangen, — und die Thatsache, daß Herr von Trützschler, so kein Dr. ist, mutterseelenallein verantwortlich zeichnet. „Amtliches Publikationsorgan bleiben nach wie vor die „Lübeckischen Anzeigen" — sagte nicht so ähnlich vor etwa 8 Tagen Senator Dr. Fehling? Doch — wir wollen die „Giftspritze" ruhen lassen. Wenn man einen solchen Gegner prügeln soll, wird man ja in vierzehn Tagen nicht warm!

Aus dem Bäckergewerbe. Im Jahre 1899 wurden innerhalb des Bereichs des „Unterverbandes Norden", zu dem auch Lübeck zählt, 720 Betriebe revidirt. Hieraus resultirten 65 Bestrafungen, also reichlich 9 pCt.; mithin erheblich mehr, als bei Streiks vorkommen.

Oldenburgische Landtagswahlen. In Ahrensböck-Flecken und Landgemeinde sind selbstverständlich Ordnungswahlmänner ohne Gegenliste gewählt worden. Die Arbeiter schlafen ja hier leider. Demgemäß war natürlich auch die Wahlbetheiligung eine riesige. Im Flecken kamen 25, auf dem Steindamm gar 10 reelle Wähler angeschlichen. Das nennt man „Landtagswahl". In Westratekau war die Betheiligung seitens der bürgerlichen Wähler infolge der Aufstellung einer „rothen" Liste reger. Sie brachten es auf 56 Stimmen, während die Arbeiter, welche anscheinend überaus lau gewesen sind, sich mit 14 begnügen mußten. In Rensefeld erhielten nach dem „Gen.-Anz." — ein Bericht der Genossen liegt uns auffälliger Weise noch nicht vor — die fünf sozialdemokratischen Wahlmänner 85—88 von 115 abgegebenen Stimmen, sind also somit gewählt. In Süsel hat nach demselben Blatte die ordnungsparteiliche Liste gesiegt. Unsere Liste soll ein Drittel der abgegebenen Stimmen erhalten haben. — In Heppens siegte die sozialdemokratische Liste mit 139 bis 141 Stimmen. Eine Gegenliste war nicht aufgestellt. In Schortens erzielte die sozialdemokratische Liste 48, die gegnerische 68 Stimmen.

Geschworenenliste. An die Stelle von Konsul Fehling und Agent Kahl sind zu setzen Konsul Gustav Eschenburg und Direktor Kahle.

In's Zuchthaus schickte die Strafkammer einen hiesigen Tanzlehrer auf 1 Jahr und zwei Monate, weil er in Dissau und Obernwohlde Tanzkurse einrichtete, das Lehrgeld pränumerando zahlen ließ und dann sich nicht wieder blicken ließ. Die Strafe fiel so hart aus, weil der Mann wegen ähnlicher leichtsinniger Streiche bereits mehrere Male vorbestraft war.

Ein unbedeutendes Feuer rief gestern Abend die Feuerwehr nach der St. Annenstraße. Die hinter der Synagoge errichtete Laubhütte war in Brand gerathen. Es gelang, die Flammen zu ersticken, ehe sie größeren Schaden anzurichten vermochten.

Schiffsverkehr im Hafen. In der vorigen Woche sind eingelaufen 33 Dampfer, 6 Segler, ausgelaufen 32 Dampfer, 33 Segler, davon 6 bezw. 19 leer oder in Ballast. Die Stürme der letzten Woche haben offenbar Einfluß ausgeübt.

Klappen zu! An lebendem Schlachtvieh wurden in der verflossenen Woche seewärts importirt 2 Rinder und 4 Kälber vom Inlande und 34 Rinder und 53 Schafe vom Auslande. Lauenstein, aufpassen!!

pb. **In Haft** geriethen ein von der Amtsanwaltschaft in Schwartau wegen Brandstiftung steckbrieflich verfolgter Makler aus Schürsdorf und ein Arbeiter, den die Amtsanwaltschaft zu Sülze wegen Diebstahls sucht.

pb. **Gestohlen** wurde einem Schlosser aus seiner Wohnung in der Wahmstraße ein K. S. gezeichneter neuer Krimmerpaletot.

In das Handelsregister ist eingetragen am 25. September: auf Blatt 634 bei der Firma: „Fr. Schlichting". Der Firmen-Inhaber heißt richtig: Joachim Friedrich Christian Schlichting. Johann Heinrich Friedr. Schlichting, Kaufmann in Lübeck, ist als Gesellschafter eingetreten. Offene Handelsgesellschaft seit dem 1. Juni 1899.

Oldesloe. Abgebrannt ist am Sonntagnachmittag zu Rethwischhof ein mit Stroh gefüllter Holzschuppen.

Hamburg. Die Glasergehülfen sind wegen Nichtbewilligung ihrer an die Innung gerichteten Forderungen in den Streik eingetreten. Zuzug ist fernzuhalten.

Altona. Bestrafte Untreue. Der Schauermann Möhrke hat das von seinen Kollegen in ihn gesetzte Vertrauen arg getäuscht, indem er von ihm verwaltete Gelder in Höhe von etwa 600 Mk. unterschlug und leichtsinnig verthat. Er wurde zu fünf Monaten Gefängniß verurtheilt.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 25. September.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 200 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 46—48 Mk., leichte 48—50 Mk., Sauen 40—45 Mk. und Ferkel 46—48 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Mädchens
zeigen hocherfreut an
Aug. Wöhlert u. Frau, geb. Holst.

Allen Denen, die den Sarg unserer kl. Tochter Luise so reich mit Kränzen schmückten sprechen wir hiermit unsern tiefgefühlten Dank aus.
Karl Weiss und Frau.

Zum 1. Octbr. ev. später in der Sadowastraße **ein Zimmer für 2 junge Leute zu verm.** Näheres Krähenstraße 22/10.

Hübsch möbl. Parterre-Zimmer
mit separatem Eingang zum 15. October zu verm. Kahlhorststraße 42 b.

Ein Zimmer zu vermiethen
Glockengießerstraße 52/1.

Gesucht zum 1. October **ein leeres heizbar. Parterrezimmer mit kleinem Gelaß.** Offerten unter **B 63** an die Exped. d. Bl.

Gesucht eine kleine Wohnung
von Leuten ohne Kinder, Holstenth. bevorzugt. Off. u. **G Z** an die Exped. d. Bl.

Gesucht zu sofort an Stelle eines erkrankten e. ordentliches junges Mädchen für häusliche Arbeiten und bei Kindern.
Wilh. Menschel, Untertrave 53.

Ein Knabe zum Brodaustragen
Beckergrube 76.

Zugänger zu kaufen gesucht
Dietz, Wickedestraße 44.

Ein kleiner Kanonenofen
zu kaufen gesucht. Off. u. **O K** an die Exped.

Ein kleiner eiserner Ofen, sowie ein Tisch preiswerth zu verkaufen
Ludwigstraße 28, parterre.

Ein Schrank zu kaufen gesucht
1,50 h. 0,60 br., für Werkzeug. Näh. Aegidienstraße 20, 2. Et.

Ein gut verzinsbares Haus
in der Vorstadt St. Lorenz mit Krämerei zu verk. Off. u. **B R** an die Exped. d. Bl.

Ein Kammgarnrock und Weste
billig zu verkaufen Steinstraße 3.
Daselbst auch ein Roman „Capitän Dreyfus".

Allgemeine Ausstellung Lübeck
in sämmtlichen Räumen des Wilhelm-Theaters.
Mittwoch den 27. September: Erster Familientag.
Nachmittags von 5—9 Uhr:
Grosses Concert der hiesigen Regiments-Kapelle
unter persönlicher Leitung ihres Dirigenten Herrn Clausnitzer.
Aus dem Programm: Introduction und Chor aus „Carmen". Phantasie aus „Norma". Phantasie aus „Faust". Potpourri aus „Vogelhändler", „Boccaccio". Themen aus Offenbach'schen Operetten.
Eintritt für die ganze Familie 1 Mk. Eine Person 50 Pfg.
Eröffnung 10 Uhr Morgens, Schluß 10 Uhr Abends.

Erstes diesjähriges Ausspielen
von
Gänsen, Rauchfleisch und Karpfen
findet am
Montag den 2. October statt in Herm. Burmester's Bierhalle,
Untertrave 30.

Speise-Halle „NEPTUN"
Fischstraße 14, 1. Etage.
Großer Mittagstisch von 11½—2 Uhr
à Person 50 Pfg. und 40 Pfg.
Abendessen von 6—9 Uhr à Pers. 40 u. 30 Pfg.
Zur Einkehr lade alle Genossen, Freunde und Bekannte freundlichst ein.
Ludw. Koek, Speisewirth.

Durch Zufall eine große Parthie tadellose
Hofbutter per Pfund **1,25**
empfiehlt
C. Krapp, obere Wahmstr. 6.
Telephon 610. Butter-Spezialhandlung.

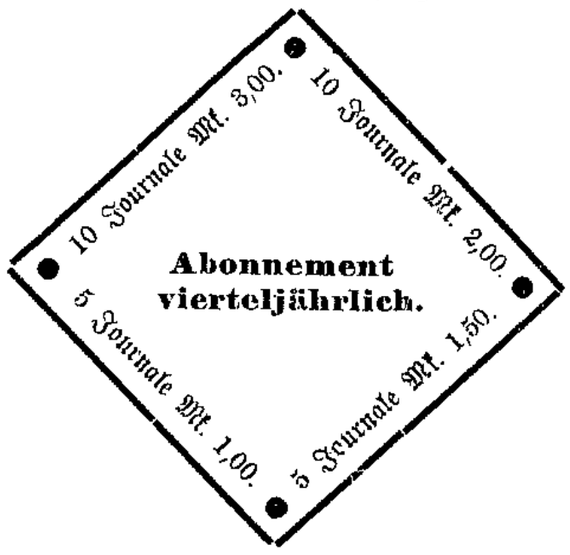
Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.
Johannisstraße 50.

1 eiserner Regulir-Unterkasten, 30×20" zum Kachelofen billig zu verkaufen. Näheres Hundestraße 40, 1. Et.

Ein fast neues Bertikow, ein Winter-Damenmantel, Jackett und schw. Rockanzug zu verkaufen Böttcherstraße 17, 2. Et.

Verloren ein Kinderkragen
in der Hartengrube. Abzugeben Mühlenstraße 91/7.

Familien-Lesezirkel



von
E. Th. Dawartz
Lübeck, Krähenstraße 29.

MARGARINE.
Marke Vitello per Pfund 70 Pfg.
„ FF per Pfund 60 Pfg.
„ D per Pfund 50 Pfg.
bei mehreren Pfunden billiger.
Wahmstraße 67. W. Franck.

Sohlleder in Häuten und im Ausschnitt sowie **Schuhmacherartikel** zu sehr billigen Preisen.
C. Kahns, Lederhandlung, Mengstraße 5.

Verlege mein Geschäft zum 1. October von Schüsselbuden 13 nach Johannisstraße 17—19.
K. Lorentz.

Die Anmeldung der Confirmanden, soweit sie nicht bereits geschehen ist, erbitten wir in den Vormittagsstunden der nächsten Woche (2. bis 7. October).
Pastor Bernhard.
Pastor Lic. Stülcken.

Prima Frankf.
Delicateß-Margarine
empfiehlt in 1 Pfd.-Original-Cartons à 70 Pfg. als ganz vorzüglich
Lübeck, Heinrichstraße **Heinr. Wilde.**

Central-Verband der Maurer.
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 27. September
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Tages-Ordnung:
1. Regelung der Generalfonds-Beiträge.
2. Kartellbericht.
3. Innere Vereinsangelegenheiten.
4. Fragekasten und Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die örtliche Verwaltung.

Circus Variété
Nur noch kurze Zeit bleibt das mit großem
Erfolg
aufgenommene September-Ensemble.
Heute neues Repertoir.
Anfang des Concerts 7½ Uhr.
Letzte Woche.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 226. Mittwoch, den 27. September 1899. 6. Jahrgang.

Bericht des Partei-Vorstandes
an den
Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
1899 zu Hannover.

(Schluß.)

Kassenbericht. Der Kassenabschluß des letzten Rechnungsjahres kann als ein durchaus guter bezeichnet werden. Die Einnahmen — die ganze Einnahme beziffert sich auf 346 712,32 Mk. Red. — sind gegen das Vorjahr gestiegen, während die Ausgaben, die im Vorjahr in Folge der Reichstagswahl besonders hohe waren, um 100 000 Mk, in runder Summe niedriger sind. Es konnte daher auch dem Reservefonds ein Betrag zugeführt werden, der über die im vorigen Jahre entnommene Summe beträchtlich hinausgeht.

Gestiegen sind gegen das Vorjahr die Ausgaben für Unterstützungen, Prozeß- und Gefängnißkosten, Allgemeine Agitation, Reichstagskosten, Preßunterstützungen und Darlehen. Niedriger gegen das Vorjahr sind die Ausgaben für Wahl-Agitation, Gehälter und Verwaltung und diverse Zwecke.

Von der für Preßunterstützung ausgegebenen Summe muß der für die „Neue Welt" aufgeführte Betrag von 30 064,34 Mk. insofern in Abzug gebracht werden, als er noch unter die Ausgaben des Vorjahres gehört. Im vorigen Kassenbericht ist auf diesen Umstand aufmerksam gemacht und der noch ausstehenden Rechnung für den Zuschuß der „Neuen Welt" besonders gedacht worden. Nach Abzug der Ausgaben für die „Neue Welt" sind die Ausgaben für die Presse gegen das Vorjahr nur um etwas über 2000 Mk. gestiegen.

Aber auch diese Zunahme ist ganz unbedenklich, weil die gemachten Ausgaben vorwiegend der Weiterentwickelung unserer Presse dienten. So benöthigten die badischen Genossen 2000 Mk., weil sie den „Volksfreund" von Offenburg nach Karlsruhe verlegten und gleichzeitig das Blatt statt wie bisher 3 mal wöchentlich, täglich erscheinen ließen. Den Genossen des großen Wahlkreises Bochum wurden zur Einführung des schon lange begehrten eigenen Blattes (eines Kopfblattes der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung") 3200 Mk. bewilligt. Der „Märkischen Volksstimme" wurde ein Zuschuß gewährt, damit sie durch Anstellung eines zweiten Redakteurs ihren Inhalt reichhaltiger gestalten konnte ꝛc.

Auch die erhebliche Steigerung des Darlehns-Konto ist auf den erfreulichen Aufschwung unserer Parteipresse zurückzuführen. Einige unserer Parteigeschäfte vermochten mit den ihnen zur Verfügung stehenden Einrichtungen den wachsenden Anforderungen nicht mehr zu genügen und waren deshalb gezwungen, Erweiterungen und Neuanschaffungen vorzunehmen, deren Kosten sie aus eigenen Mitteln nicht bestreiten konnten. Nun hat zwar die Parteileitung sich aus sehr gewichtigen Gründen von jeher meist ablehnend gegen derartige Anforderungen verhalten, es verblieben jedoch nach gründlichster Prüfung noch genug Fälle, in denen das Parteiinteresse es dringend gebot, daß die gewünschten Darlehen gewährt wurden. Wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die gegebenen Beträge früher oder später wieder in die Parteikasse zurückfließen.

Unter den Ausgaben heben wir folgende Posten hervor: Unterstützungen 23 301,30 Mk., Prozeß- und Gefängnißkosten 7741,25 Mk., Allgemeine Agitation 40 470,18 Mk., Wahlagitation 16 215 Mark, Reichstagskosten 28 700 Mk., Gehälter und Verwaltungsausgaben 14 742,40 Mk., Darlehenskonto 58 439,40 Mk., Preßunterstützungen 53 434,34 Mk.

Ausgaben für die Parteipresse.

Es erhielten:

„Bochumer Volksblatt"	Mk.	3200,—
„Fränkische Volkstribüne"	„	1600,—
„Königsberger Volkstribüne"	„	3700,—
„Mainzer Volkszeitung"	„	1800,—
„Märkische Volksstimme"	„	1500,—
„Neue Welt"	„	30064,34
„Saalfelder Blätter"	„	2440,—
„Straßburger Freie Presse"	„	6000,—
„Thüringer Tribüne"	„	700,—
„Vogtländische Volkszeitung"	„	430,—
„Volksfreund" (Karlsruhe)	„	2000,—
	Mk.	53434,34

Der Bericht bemerkt dazu: „Im vorjährigen Kassenbericht war bemerkt, daß die Frage der Erscheinungsweise der Königsberger „Volkstribüne", die unterstützt werden mußte, weil sie sich bei dreimal wöchentlichem Erscheinen nicht deckte, für die Zukunft eine offene sei. Es haben nun später Verhandlungen über diese Frage zwischen dem Parteivorstand und den Königsberger Genossen stattgefunden, bei welchen von den letzteren der dringende Wunsch geäußert wurde, die „Volkstribüne" dauernd dreimal wöchentlich erscheinen zu lassen. Da von Königsberg aus die Agitation in den ostpreußischen Gebieten geschickt und erfolgreich betrieben wird und bei dem herrschenden Saalmangel die Presse vielfach das einzige Aufklärungsmittel bildet, glaubte der Vorstand diesen Wünschen entsprechen zu sollen.

Bezüglich der „Mainzer Volkszeitung" haben schon wiederholt Verhandlungen darüber stattgefunden, ob der Zuschuß, den die Zeitung bisher benöthigte, nicht dadurch in Wegfall zu bringen ist, daß die Mainzer Parteigenossen auf die Herausgabe einer eigenen Zeitung verzichten und an ihrer Stelle ein Kopfblatt von Frankfurt a. M. beziehen. Verschiedene Umstände haben bisher die Ausführung dieses Planes unmöglich gemacht, und nachdem einige Mainzer Parteigenossen große Opfer gebracht hatten, um die Volkszeitung zu erhalten, wollte der Parteivorstand die Existenz der Zeitung durch Einstellung der Subvention nicht in Frage stellen. — Unter dem Betrage für die „Neue Welt" befinden sich noch 9915,30 Mk. aus dem Jahre 1897. Das Defizit für das Jahr 1898 beträgt 20 149,04 Mk., hält sich somit innerhalb der vom Parteitag in Gotha festgesetzten Grenze. Nach Inbetriebsetzung der zur Herstellung des Blattes bestimmten neuen Maschine wird das Defizit voraussichtlich ganz verschwinden. — Der Zuschuß für die in Saalfeld hergestellten Parteiblätter ist in den letzten Monaten wesentlich verringert worden und ist begründete Aussicht vorhanden, daß er bald gänzlich eingestellt werden kann. — Die reichsländischen Parteigenossen haben, entgegen dem Rathe der Parteileitung, nach dem Stuttgarter Parteitage die Herausgabe einer täglich in Straßburg erscheinenden Zeitung beschlossen. Bei den eigenartigen Verhältnissen in Elsaß-Lothringen hat dieser Versuch, für die Reichslande wieder ein eigenes Parteiorgan zu schaffen, der Zentralkasse ziemliche Opfer auferlegt.

Unser Strafregister weist im letzten Jahre wiederum eine Steigerung an Gefängniß- und Geldstrafen auf. Diese Steigerung ist hauptsächlich eine Folge der aus Anlaß der Oeynhausener Rede erfolgten viel strengeren Verfolgung und Bestrafung aller Handlungen aus den Lohnkämpfen der Arbeiter, die sich irgendwie strafrechtlich fassen ließen. Manche Polizeibehörden und Gerichtshöfe scheinen es förmlich darauf abgesehen zu haben, zu beweisen, daß es auch ohne Zuchthausgesetz geht, die in Oeynhausen proklamirten Zwecke zu erreichen. Es sind nach unseren Aufstellung im letzten Jahre Strafen erkannt:

Monat	Gefängnißstrafen Jahre	Monate	Wochen	Tage	Geldbuße Mark
September	9	1	2	3	2983
Oktober	6	2	2	2	2918
November	9	10	1	1	1926
Dezember	9	2	1	1	2720
Januar	8	2	—	4	1154
Februar	5	10	3	2	1331
März	3	1	—	4	1571
April	6	1	5	—	2144
Mai	1	3	4	—	1044
Juni	3	3	2	—	1985
Juli	4	8	1	4	2926
August	6	10	8	—	549
Zusammen	74	1	—	—	23251

Außer diesen in Folge politischer oder gewerkschaftlicher Thätigkeit in der Arbeiterbewegung erkannten Strafen sei hier noch an die 53 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Gefängniß gegen die Löbtauer Verurtheilten, sowie die 25 Jahre und 9 Monate 2 Wochen und 3 Tage Gefängniß erinnert, welche bis zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Berichts aus Anlaß der Streikunruhen in Herne gegen eine Anzahl Theilnehmer erkannt wurden. Hatten die Vorgänge in Löbtau und Herne auch direkt nichts mit der klassenbewußten Arbeiterbewegung zu thun, so finden die ungemein harten Urtheile doch nur ihre Erklärung in der Stellung und Beurtheilung der bürgerlichen Gerichte gegenüber der modernen Arbeiterbewegung.

— Ende. —

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Bergarbeiter-Ausstand im Plauenschen Grunde. Eine Versammlung der ausständigen Bergarbeiter beschloß gegen 12 Stimmen, den Ausstand für beendet zu erklären und die Arbeit wieder aufzunehmen. Es hatten sich in letzter Zeit eine beträchtliche Anzahl Streikbrecher gefunden, so daß den Ausständigen die Fortführung des Streiks aussichtslos schien. In einer Resolution sprach die Versammlung die Erwartung aus, daß die Werksleitungen die Arbeiter wieder einstellen und keine Maßregelungen vornehmen werden. Diese antworteten mit der Maßregelung von 50 Bergleuten. Bis zum 1. Oktober sollen diese zunächst ausgesperrt werden, dann will sich die Direktion erklären, ob sie dieselben annehmen will oder nicht. Man sieht, die Herren fühlen sich jetzt stark und provoziren von neuem. Es dürfte aber in ihrem eigenen Interesse liegen, den Bogen nicht zu straff zu spannen und den Arbeitern gegenüber eine entgegenkommende Haltung einzunehmen und die Maßregelungen wieder rückgängig zu machen. — Die Leipziger Rahmenkröpfer, Zuschneider und Lohnarbeiter, die in der Bilderrahmenbranche beschäftigt sind, haben Sonnabend die Arbeit niedergelegt, nachdem eine Freitag Abend abgehaltene Versammlung den Eintritt in den Streik beschlossen hatte. Die Arbeitseinstellung erfolgte ohne Rücksicht darauf, ob eine Kündigung bestand oder nicht. Die Forderungen der Ausständigen sind 10 Prozent Lohnerhöhung und 54stündige Arbeitszeit. Obwahl diese Forderungen den Unternehmern schon am Dienstag eingereicht worden waren, lag bis Freitag noch keine Rückäußerung vor. Einer Verschleppung der Angelegenheit wollten die Arbeiter aber nicht ruhig zusehen, und so erfolgte unter allgemeiner Begeisterung der Versammlung der Beschluß, nunmehr sofort die Arbeit ruhen zu lassen. — Der Weberstreik in Haindorf (Böhmen) ist beendet. Die Firma Fritsch u. Co. hat die zehnstündige Arbeitszeit bewilligt, die 25prozentige Lohnerhöhung dagegen strikte abgelehnt.

Das Patent.

Novelle von A. Otto.

(8. Fortsetzung). (Nachdruck verboten.)

IX. Unangenehme Nachrichten.

Als der Fabrikant eintrat, saß der Künstler ganz in der Betrachtung der türkisch-egyptischen Schönheiten vertieft.

„Ist er fort?" fragte der Besucher mißtrauisch an der Thür stehen bleibend.

„Jawohl, fort und über alle Berge."

„Gott sei Dank, er fing mir an sehr lästig zu werden. Hatte sich der Mensch eingebildet, sich in meine Familie einzuwettern und meine Tochter, Melanie, hatte sich, weiß Gott, soweit unter ihren Rang vergessen, daß sie sogar die alberne Idee hatte, ich würde so etwas zulassen. Die Liebe eines gewöhnlichen Arbeiters zur Tochter des alleinigen Steuerzahlers erster Klasse in diesem Orte, in diesem Steuerbezirk!"

„Ja bei den jungen Leuten schießt die Phantasie dahin ohne Zaum und Zügel. Hatte er sich doch sogar eingebildet, ein Patent zu erlangen für eine Erfindung, die er gemacht haben wollte."

„Hat er davon gesprochen? O, der Phantast, garnichts hat er erfunden; ich, ich habe . . . ."

„O, ich weiß, ich weiß, es ist die lächerlichste Geschichte. Und denken Sie, er läuft da nach der Kreisstadt, um einen Advokaten für sein vermeintliches Recht zu gewinnen. Er hat da einen Advokaten, der ein halber Sozialdemokrat sein soll."

„Nicht möglich, ein Advokat und Sozialdemokrat!"

„Ja, es passiren wunderbare Dinge in unserer verrückten Zeit, das politische Schwindelfieber ergreift alle Schichten der Bevölkerung."

„Der Mensch wird sich blamiren. Ich werde drei Advokaten annehmen und die berühmtesten noch dazu. Ich hab's ja."

„Es wird dessen nicht bedürfen, denn das ganze Patent ist Schwindel."

„Wieso? Was wissen Sie davon?"

„Nun, unsereins kommt überall hin und erfährt fast Alles."

„Ach was, ein Theil der Erfindung ist gut, aber der ist von mir und der soll mir auch sein Erkleckliches einbringen. Ich habe auch schon umfassende Vorkehrungen getroffen; sobald das Patent da ist, lege ich los; einhunderttausend Thaler im ersten Jahre sind mir gewiß."

„Und ich sage Ihnen: es ist Schwindel!"

„Herr Kunst . . ."

„Gut, ich weiß, was ich sage. Ich habe mit dem Regierungsrath am Table d'hôte zufällig von Patenten gesprochen und der sagte mir, daß diese Patentangelegenheit bedenklicher Natur sei. Aber Sie wollten ja die Haremsschönheiten des Vizekönigs von Egypten sehen."

„Sehen Sie nur hierher!"

Der Künstler brachte nun das Album, der vermeintlichen Huldinnen und Grazien aus dem Harem des Vizekönigs von Egypten zum Vorschein und bemerkte so für sich: „Es sind zwar nur die Kellnerinnen aus dem türkischen Zelte der Pariser Weltausstellung und rein abendländisches Gewächs, aber sie thun's auch."

Sehen Sie nur hier: Zoë . . ."

„Ein reizendes Frauenzimmer, in der That; welche Formen! Aber, haben Sie nichts zu trinken? Ich bin von dem Laufen durstig geworden."

„Hier ist eine Flasche Ihres herrlichen Schaumweins. Gläser haben wir zwar nicht, auch keine Pfropfenzieher, aber wir wissen uns ja zu helfen. Sehen Sie!"

Mit einem Schlag an die Wand enthauptete der Künstler die Flasche und reichte sie, nachdem er selbst einen kunstgerechten Zug gethan, dem Fabrikanten, der seinem Beispiele folgte.

„Es ist einem ganz anders zu Muthe," bemerkte der Letztere, indem er mit einem Ausdruck der Zufriedenheit die Flasche niedersetzte, „wenn man so eine Gabe der Natur genossen. Was indessen das Patent . . ."

„Und sehen Sie hier: Pamina, des Vicekönigs zweite Favorite mit den langen, goldblonden Locken, die wie glänzendes Geschmeide auf ihre alabasterweißen Schultern herabwallen."

„Schön, prächtig, sie könnte einen zu einer Vergnügungsreise nach Aegypten verleiten. Aber zunächst wollte ich wegen des Patentes . . ."

„Prosit, Herr Krummbügel!" unterbrach ihn der Künstler, indem er seinerseits die Flasche um einen beträchtlichen Theil ihres Inhaltes beraubte. „Sie bringen mich auf eine Idee. Wenn ich nun eine Reisegesellschaft auf gemeinschaftliche Kosten arrangirte, mit der Andeutung, daß man gewisse Beziehungen zum Hauspascha des Vicekönigs behufs Einblick in den Harem zum größeren Vergnügen der Reisegesellschaft auszunützen in der Lage ist . . ."

„Fünfhundert Theilnehmer sind Ihnen ganz gewiß, ich garantiere. Aber lassen Sie mich weiter sehen."

„Ja, Sie fragten wegen des Patents; denken Sie, die Erfindung ist gestohlen."

„Gestohlen? Wie? Nicht möglich!"

„Ein Fabrikant in M. hat sie früher gemacht und sich zur Herstellung eines Schreiners bedient, mit dem er zerfallen und der sie weiter geplaudert hat. Der Mann hat inzwischen sein Patentgesuch eingereicht und als man ihm mittelst Rescript bekannt gab, daß bereits ein früheres Gesuch wegen eben solcher Erfindung nur mit Hinzufügung einer ganz unpraktischen Zuthat im Bureau des Ministeriums vorliege, hat er ihn bei der Staatsanwaltschaft wegen Betruges denunzirt und der Regierungsrath war gespannt darauf, wie sich die Sache schließlich herausstellen würde."

„Es ist die Möglichkeit! Nein, wer hätte so etwas gedacht. Nein, unser heutiger Arbeiterstand ist keinen Schuß Pulver werth. Keine Spur von Reellität mehr! Und ich Thor gehe auf den Leim! Ich hätte mir's doch denken

Ein Fortschritt auf dem Gebiete der Fabrikinspektion ist aus dem Großherzogthum Baden zu melden. In den eben vorbereiteten Voranschlag für die nächste Finanzperiode hat das Ministerium des Innern das Gehalt für eine Assistentin des Fabrikinspektors einstellen lassen.

Eine Statistik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der bei Rechtsanwälten, Notaren und Gerichtsvollziehern beschäftigten Bureauangestellten veranstaltet gegenwärtig der Centralverein der Bureauangestellten. In der Nummer seines Organs, die er mit den Fragebogen versendet, weist er als den Hauptgrund der niedrigen Gehälter auf die übermäßige Verwendung von jugendlichen Arbeitskräften hin. Nach früheren Statistiken sind ca. 75 Proz. der im Berufe beschäftigten Personen unter 25 Jahre alt. Die Gehälter sind nach diesem Cirkular vielfach geringer als der Lohn der meisten Arbeiter. Besonders wird bemängelt, daß für die Bureauangestellten kein Gesetz besteht, das das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer regelt, wie es die Gewerbeordnung für gewerbliche Arbeiter und das Handelsgesetzbuch für die Handlungsgehülfen thut.

Aufruf an die organisirte Arbeiterschaft Deutschlands! Seit Mitte Juli d. J. befinden sich die Steinarbeiter Schlesiens und Berlins wegen Lohndifferenzen im Abwehrstreik. Demzufolge hat der Vorstand des Verbandes deutscher Steinmetzgeschäftsinhaber beschlossen, am 6. September die Steinarbeiter Dresdens, Pirnas und Neundorfs auszusperren, was auch am 7. September zur Ausführung kam. Im weiteren wurde auf Beschluß der Generalversammlung des Verbandes deutscher Steinmetzgeschäftsinhaber, welche am 18. September in Dresden stattfand, die Aussperrung bis zum 7. Oktober verlängert. Die Zahl der zu unterstützenden Steinarbeiter in Schlesien, Berlin, Dresden und Pirna beträgt 2500 mit nahezu 3000 Kindern. Welche Mittel zur Unterstützung dieser Massen nöthig sind, ist wohl leicht erklärlich; und sollen wir nicht unterliegen in diesem uns von dem brutalen Unternehmerthum aufgedrungenen Kampfe, so ist dringend nothwendig, uns diesmal kräftig und dauernd zur Seite zu stehen. Wir ersuchen nunmehr alle Arbeiterorganisationen Deutschlands, sowie des Auslands — vor Allem die Gewerkschaften — sich daran zu erinnern, daß die Steinarbeiter stets das Solidaritätsgefühl hochgehalten haben und da wir unsere Pflicht in Lohnkämpfen usw. stets voll und ganz erfüllt haben, so rechnen wir auch auf genügende Unterstützung von Eurer Seite. Das Vorgehen der Unternehmer läuft darauf hinaus, die Steinarbeiterorganisation Deutschlands zu zerstören! Das soll Ihnen nicht gelingen! Wir stehen fest und erwarten dabei die volle Sympathie der Arbeiter aller Länder. Alle Briefe und Sendungen sind zu richten an die Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands: Paul Mischke, Rixdorf-Berlin, Bergstraße 30—31, Hof part.

Das französische Einigungskomitee hat sich in Bezug auf die Organisation des nächstjährigen Internationalen Arbeiterkongresses vollständig geeinigt, so daß an dem Zustandekommen des Kongresses in Paris und an dessen Gelingen nicht mehr zu zweifeln ist. Auch in Bezug auf den Allgemeinen Kongreß der französischen Sozialisten ist man über die Bedingungen der Vertretung, der Delegirtenwahl usw. zu einer Verständigung gelangt, so daß das Zustandekommen dieses Kongresses, der aller menschlichen Voraussicht nach zur Einigung der französischen Sozialisten führen wird, nun gesichert ist. Freilich die praktischen Schwierigkeiten sind größer, als man Anfangs geglaubt hatte, und vor Ende Oktober oder der ersten Hälfte des November wird, wie man dem „Vorwärts" schreibt, der Zusammentritt nicht erfolgen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Beim Bau einer Umladestelle in Döbeln wurden durch Gerüsteinsturz ein Arbeiter getödtet und drei schwer verletzt. — Das Schöffengericht in Arnstadt verurtheilte den Schauspieler Oskar Wocke genannt Bauermann, der jetzt in Salzungen wohnt, zu fünf Wochen Gefängniß, seinen Komplizen zu einem Monat Gefängniß, wegen gemeinschaftlichen hinterlistigen Ueberfalls auf den Theaterkritiker Rehbein und wegen Körperverletzung. — Bei einem Feuer, das in dem Dorfe Gombeth in Hessen wüthete, sind 22 Wohnhäuser ein Raub der Flammen geworden. Viele Vorräthe sind von den Flammen vernichtet worden, auch ist eine Anzahl Rinder, Schweine, Gänse und Kleinvieh umgekommen. Das Feuer ist durch Kinder, die mit Streichhölzern spielten, entstanden. — Nach der „Frkf. Zeitung" soll der vor einer Reihe von Jahren von Frankfurt a. M. entflohene Bankier St. Goar der Deutschen Effekten- und Wechselbank die Summe von 350 000 Mark zur Begleichung der von ihm hinterlassenen Schulden übermittelt haben. Er soll im Auslande wieder zu großem Reichthum gelangt sein. Es heißt, er habe an einer einzigen glücklichen Spekulation 900 000 Dollars verdient. — In Schwyz ist der Buchhalter Faßler, der beschuldigt war, seine junge Frau von der Wasifluh an der Axenstraße in den Vierwaldstätter See gestoßen zu haben, vom Kriminalgericht auf Indizienbeweis zu 30 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Er hat gegen das Urtheil appellirt. — Untergegangen ist Freitag früh auf der Donau bei Ottensheim eine Schiffsplätte, wobei sechs Personen und drei Pferde ertranken. — Ein schrecklicher Fall wird aus der Krassó-Szörenyer Gemeinde in Ungarn gemeldet. Der Landwirth Stefan Csaky war in seinem Wohnzimmer mit der Reinigung seines Gewehres beschäftigt, wobei er jedoch so unachtsam zu Werke ging, daß die Waffe sich entlud und die im Zimmer anwesende jugendliche Gattin Csaky's mit einem gellenden Aufschrei mitten durch die Brust geschossen zu Boden stürzte. Eine Gerichtskommission kam sofort in das Haus, die unglückliche Frau konnte aber nicht vernommen werden; sie liegt bewußtlos darnieder, und die Aerzte halten ihren Zustand für hoffnungslos. — Durch wolkenbruchartigen Regen wurden in Sebastopol große Verheerungen angerichtet. Wein- und Obstgärten sind verwüstet, Häuser beschädigt. Der Verkehr ist vielfach unterbrochen.

Korbmacher Fischers Sammelpolitik. Der „Vorwärts" schreibt: Mit der Verunglimpfung der Sozialdemokratie läßt sich am Ende ein feines Geschäft machen. So dachte Korbmacher Fischer, nachdem seine ersten Sudeleien den Beifall der Stümmlinge gefunden hatten. Der Biedermann beschloß also, selber zu thun, was er in seinen Verleumdungsmärchen von den Sozialdemokraten erzählt, nämlich durch Sammlungen zu angeblich agitatorischen Zwecken die eigenen Taschen zu füllen. Fischer „gründete" deshalb im Juni dieses Jahres ein „Agitations-Komitee zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Bestrebungen". Dies Komitee bestand allerdings nur aus der Person Fischers, der unter obiger Firma Aufrufe zu Geldsammlungen an eine große Anzahl solcher Personen ergehen ließ, die er ihrer gesellschaftlichen Stellung nach für Patrioten und Sozialistenfeinde hielt. In den Aufrufen sagte Fischer mit der an ihm bekannten Wahrheitsliebe, daß hinter dem „Komitee" bekannte und angesehene Männer ständen, die nur aus Furcht vor Verunglimpfung durch die Sozialdemokraten ihre Namen nicht zu der „guten Sache" hergeben möchten. Die gesammelten Gelder sollten nach Fischers Angabe zur unentgeltlichen Vertheilung seiner Broschüren unter die Arbeiter dienen. — Natürlich war es dem eifrigen Sammler auch darum zu thun, daß seinem Unternehmen in den Augen der angeschnorrten Personen ein möglichst vertrauenerweckender Anstrich gegeben werde. Fischer suchte und fand unter seinen alten Bekannten einen Mann, der von seiner Militärzeit her irgend eine Medaille besaß. Das war es, was der Geschäftsmann brauchte. Mit der blinkenden Medaille auf der Brust mußte der Vertrauensmann Fischers um Gelder „zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Bestrebungen" betteln gehen. Endlich zeigte sich der Erfolg dieser Bemühungen. Einer der angeschnorrten Patrioten spendete eine ganze Mark. Fischer legte diese Mark sogleich in Bier und Cigarren an, um sich zum weiteren Kampf gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen zu stärken. Im übrigen wartete das „Komitee" vergebens auf den Eingang weiterer Geldmittel. Sei es nun, daß die angebettelten Leute nur dann für den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu haben sind, wenn es nichts kostet, oder sei es, daß sie dem Fischer nicht trauten, genug, die Patrioten hielten die Hand auf den Beutel und das „Komitee" saß auf dem Trocknen. Aber so leicht gab Fischer das Geschäft nicht auf. Er kalkulirte: Wer kein Geld giebt, setzt sich damit dem Verdacht aus, die Sozialdemokratie heimlich zu begünstigen. Also versandte das „Komitee" erneute und dringendere Brandbriefe an bekannte Persönlichkeiten. Aber nur einer ließ sein patriotisches Herz erweichen und dieser war der Chariteedirektor Spinola. Er griff in die Tasche und spendete dem biederen Korbmacher 10 Mk. „zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Bestrebungen". A[illegible] diese Summe einging, wurde ein Theil derselben unverzügli[illegible] zur „geistigen Stärkung" des „Komitees" verwandt, währe[illegible] Fischer den Rest anderweit, jedoch nicht zur Bekämpfung d[illegible] Sozialdemokratie verbrauchte. Nun machte sich Fischer m[illegible] seiner Bettelei an den Kommerzienrath Kühnemann heran und bei diesem fand er endlich verständni[illegible] innige Theilnahme. Großmüthig wurde dem gewerbsmäßige[illegible] Verleumder die Kasse des Verbandes de[illegible] Metallindustriellen geöffnet, deren Mittel ihm d[illegible] Herausgabe seines neuesten albernen Machwerkes ermö[illegible] lichten. So hat der Fischer in dem von Herrn Kühneman[illegible] geleiteten Verbande der Metallindustriellen endlich wied[illegible] einen Beschützer gefunden, der bereit ist, ihn in seiner Ve[illegible] leumdungsarbeit zu unterstützen. Das den Arbeitern hi[illegible] länglich bekannte Treiben des Verbandes der Metall[illegible] industriellen wird durch die Verbrüderung mit Fisch[illegible] wieder einmal auch vor der übrigen Welt offenbart. Un[illegible] das ist immerhin von einigem Werth.

Netter Ordnungshüter. Der frühere Schutzman[illegible] Balzer wurde am Sonnabend von der 2. Strafkamme[illegible] des Berliner Landgerichts wegen Sittlichkeitsverbrechen zu neun Monaten Gefängniß ve[illegible] urtheilt. Der Angeklagte hatte mit einem noch nicht 14 jä[illegible] rigen Mädchen, welches aus der Provinz zum Besuche b[illegible] seiner Wirthin gekommen war, unsittliche Handlungen vorge[illegible] nommen.

Ein begnadigter Soldatenschinder. Wir habe[illegible] seinerzeit gemeldet, daß der Husarenrittmeister Graf Wilhel[illegible] Starhemberg, einer der gewaltthätigsten Offiziere de[illegible] österreichischen Armee — es ist derselbe Graf Starhemberg der bei dem berüchtigten Distanzritt Wien-Berlin den erste[illegible] Preis „errang" —, einen Soldaten mit dem Säbel nieder[illegible] schlug und lebensgefährlich verletzte. Der Gewaltthäter, de[illegible] schon einige solche Rohheiten von seinen Vorgesetzten nachge[illegible] sehen wurden, wurde diesmal zu der hohen Strafe von [illegible] drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Er trat die Stra[illegible] sofort in der Großwardeiner Festung an. Von dort an [illegible] bat er um Begnadigung. Vor einigen Tagen kam nun a[illegible] das Militärstationskommando in Großwardein die Nachricht[illegible] daß der Graf begnadigt worden sei.

Was Einem in Oesterreich Alles passiren kann. „Geht nach Haus und wahrt das Licht, daß dem Stan[illegible] kein Scheden geschieht . . ." An diese Worte des Chamisso[illegible] schen „Nachtwächterliedes" wird man, so schreibt man de[illegible] „Wiener Arb.-Ztg.", unwillkürlich durch einen Vorfall er[illegible] innert, der sich kürzlich in Jungbunzlau abspielte[illegible] Unsere Parteigenossen veranstalteten am 27. August d. J[illegible] eine Unterhaltung und bestellten beim Zuckerbäcker Rega[illegible] eine Torte. Am Tage der Unterhaltung gab Herr Rega[illegible] seinem Lehrjungen den Auftrag, die Torte in das sozialdemokratische Festlokal zu tragen. Die Torte hatte die Form eines Zuckerhutes und war mit der Bezeichnung „§ 14" versehen. Der Lehrjunge nahm die Torte vorsichtig in beide Hände, schritt behutsam dem erwähnten Lokale zu und lieferte dort glücklich die süße Last ab. Er kehrte dann nach Hause zurück und trug auch noch andere bestellte Zuckerwaaren aus. Wie groß war aber seine Ueberraschung, als er einige Tage darauf zur Bezirkshauptmannschaft vorgeladen und einem Verhör unterzogen wurde. Nach dessen Beendigung wurde ihm bekannt gegeben, daß er nach § 11 des kaiserlichen Patents vom Jahre 1854 zu einer Geldstrafe von 10 fl., eventuell achtundvierzig Stunden Arrest verurtheilt werde. Der Lehrjunge war ganz entsetzt, es wurde ihm aber dargelegt, daß er mit dem Tragen der Torte eine demonstrative Handlung begangen, durch die er der Regierung seine Mißgunst geäußert habe. Vergebens versicherte der Lehrling die Regierung seiner vollen Gunst, die Strafe war schon bemessen, und weinend schritt der „Demonstrant" heimwärts, mit dem festen Vorsatz, keine Torte mehr durch die Stadt zu tragen. Daß es grade eine Bezirkshauptmannschaft in Böhmen war, die den Lehrling verurtheilte, macht die Geschichte natürlich noch interessanter.

Die Andreesche Boje hat, wie sich nunmehr herausstellt, einen furchtbaren Stoß erhalten, welche eine derartige Veränderung der Gestalt des Körpers herbeiführte, daß man in das Innere des Zylinders nicht hineinsehen kann, und dieser wahrscheinlich von der Seite geöffnet werden muß, damit die Untersuchung des Inhaltes des Zylinders erfolgen könne. Die Boje wurde am 12. September bei einer Bärenjagd auf der Nordostseite des König Carls-Landes gefunden.

---

können, daß der Kühne nicht der Mann dazu sei. Zehntausend Thaler habe ich für Einrichtung der Werkstätten hinaus geworfen, eine Menge Metall bestellt, das ich nicht zu verwerthen weiß, Maschinen in Arbeit, die mir auch keinen Deut mehr nützen werden, da das Geschäft so wie so faul ist und dazu eine Kriminalklage! Nun ich werde sofort mein Patent zurückziehen und den Urheber des Betruges denunziren."

„Aber Sie sagten doch, Herr Krummbügel, daß Sie der eigentliche Erfinder seien?"

„Der Verbesserung der Erfindung habe ich gesagt, das ist etwas ganz Anderes."

„Ach so, das ist wohl das, was der Regierungsrath eine ganz unpraktische nannte?"

„Der Regierungsrath versteht davon garnichts. Es sind das nur überstudirte Leute und unpraktische Köpfe, die so was sagen können. Aber ich weiß, was ich thun muß. Ich werde an's Ministerium eine Eingabe machen, durch welche ich das Patentgesuch, als auf Irrthum beruhend, zurückziehe. Herr Kunst, seien Sie heute mein Gast beim Mittagessen."

„O, ich muß heute arbeiten, ich brauche Geld."

„Gut, aber ich brauche Sie, ich möchte jetzt nicht allein sein, ich brauche einen verständigen, einsichtsvollen Menschen, der mir unverholen seine Meinung sagt und so etwas suche ich bei meinen angestellten Beamten vergeblich, die wissen nur Komplimente und Bücklinge zu machen und zu errathen, was ich gerne hören will."

„Da haben Sie sie schlecht erzogen."

„Nun, ich muß doch auf Disciplin halten. Wenn die Leute etwas wären, würden sie doch nicht bei mir Brot suchen?"

„Aber ich verliere einen Arbeitstag."

„Wie viel verlangen Sie?"

„Was denken Sie?"

„Nun, es soll mir auf drei Thaler nicht ankommen."

„Drei Thaler, für mich? O, Herr Krumbügel, Sie schätzen die Kunst wie ein Barbar. Wenn Sie noch zwanzig Thaler gesagt hätten."

„Zwanzig Thaler für einen Tag! Da haben mein erster Buchhalter und mein Kassirer zusammen noch nicht die Hälfte!"

„Das ist mir ein Beweis, daß Sie Ihre Leute schlecht bezahlen. Aber was thut das mir?"

„Nun gut, Sie sollen zwanzig Thaler haben und Essen und Trinken noch dazu. Wo soviel zum Teufel geht und noch mehr auf dem Spiele steht, da will ich nicht knausern. Also zwanzig Thaler; 's ist ein Heidengeld, aber Sie sollen es haben, ich brauche einen Mann, wie Sie sind heute. Also kommen Sie!"

„Ja, ist es Ihr Ernst, wollen Sie mir die zwanzig Thaler gleich geben?"

„Gleich? Mißtrauen Sie einem Manne, welcher die ganze erste Steuerklasse im Bezirk repräsentirt?"

„O, es ist nicht deshalb, sondern zur Vermeidung von Irrthümern."

„Gut, hier haben Sie die zwanzig Thaler."

„Haben Sie noch etwas Champagner?"

„Gewiß, langen Sie nur zu, Sie wissen ja nun, wie man sie zu behandeln hat. Einen Augenblick Geduld, ich werde gleich salonfähig sein. Sie können indessen die anderen Haremsschönheiten studiren."

X. Rechtskämpfe.

Die Mittagstafel des Fabrikanten gestaltete sich diesmal amüsanter als am Tage vorher. Die Mädchen waren bei guter Laune und zeigten guten Appetit. Alma ließ sich sogar bei der Bemerkung des Vaters, daß er sich heute über sie freue, zu folgender Eröffnung herbei:

„Siehst Du, lieber Vater, es kommt nur auf Dich an. Wir sind alle gern lustig, aber wenn Du kommst mit strenger Amtsmiene, dann wissen wir gar nicht, was wir mit Dir anfangen sollen. Und dann denken wir, unsere Männer werden vielleicht auch einmal so sein, worüber uns alle Heirathsgedanken vergehen."

Noch während der Mittagstafel ward der Fabrikant mit der Nachricht erfreut, daß das Gericht zum Zwecke einer strengen Untersuchung einen seiner Beamten entsandt und ihm ein Gendarmerie-Detachement beigegeben habe.

Doch bevor der Gerichtskommissar bei Krummbügel eintraf, ließ sich der Advokat Dr. Niedner bei diesem zu einer Unterredung anmelden.

„Bin nicht zu sprechen," sagte der Fabrikant, der in Gemeinschaft mit seinem lustigen Besuch dem Champagner schon ziemlich stark zugesprochen hatte.

„Besinnen Sie sich doch, Herr Krummbügel, ein Advokat ist jetzt gerade sehr nöthig," rief aber hastig der Künstler und sich zum Diener wendend, bemerkte er, „der Advokat soll gefälligst eintreten."

Es war ein noch ziemlich junger, lang aufgeschossener und schmächtiger Mann mit dünnem, glatt herabhängendem blondem Haupthaar und gleichgültig dreinschauenden, wasserblauen Augen, der jetzt hereintrat. Er blickte den Fabrikanten fragend an und meinte:

„Ich habe wohl die Ehre, in Ihnen den Kommerzienrath Krummbügel zu begrüßen?"

„Der bin ich," erwiderte der Fabrikant, sich halb vom Stuhle erhebend.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Theod. Schwartz — Druck von [illegible]